

J. germ.

96

h

germ.

96. h

Feller

<36604506090016



<36604506090016

Bayer. Staatsbibliothek

V e r g l e i c h u n g
der
Intestat-Erbfolge

nach zürcherischem Stadt-Erbrecht

mit dem

Römischen Rechte,

nebst vorausgeschickten

Grundlinien.

In Bezug auf

Gesetzgebung und Justizpflege,

mit besonderer Rücksicht

auf diese Zweige der Staatsverwaltung

des

C a n t o n s Z ü r i c h.

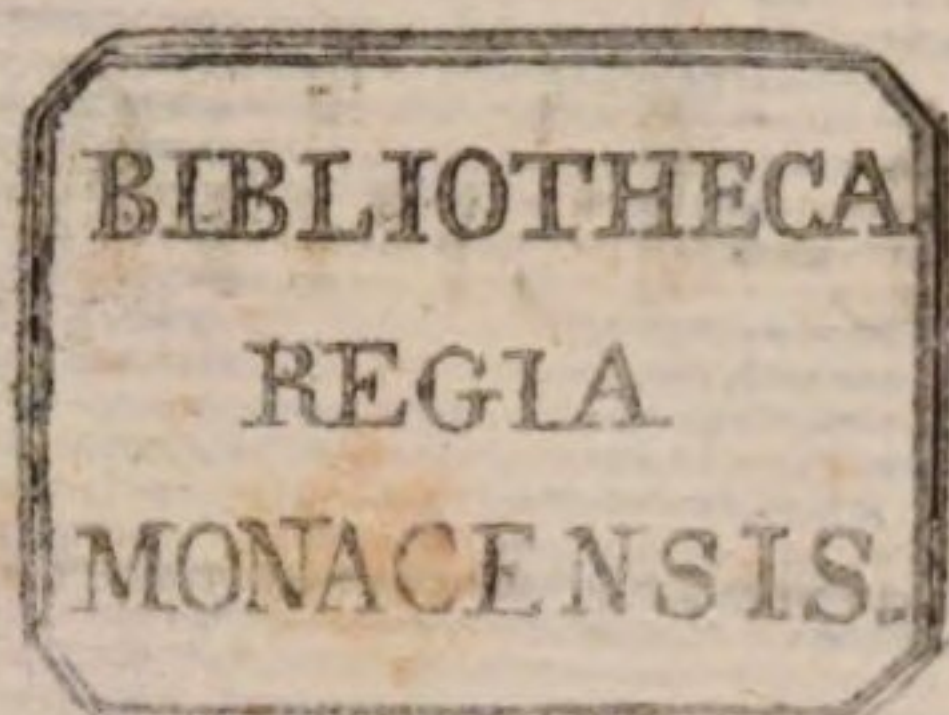
*Auf den Eintritt in die Laufbahn eines praktischen Juristen
seiner Vaterstadt, und diesem vorhergehende Prüfung.*

Bearbeitet

von

Sigmund Ferdinand Keller.

Zürich, 1806.



Junker David Wyss,

President und Mitglied des kleinen Raths.

Junker Conrad Meiss,

Mitglied des kleinen Raths.

Hrn. Caspar Schweizer,

Mitglied des Obergerichts und des grossen
Raths.

Hrn. Joh. Jacob Koller,

Mitglied des grossen Raths und Cantons-
Fürsprech.

Hrn. Johannes Tobler,

Cantons-Fürsprech.

Seinen verehrtesten , zur Examinations-Com-
mission verordneten Herren Herren.

Ehrerbietig zugeeignet

von dem Verfasser.

Herr Johannes Töpler,

Landes-Forstmeister.

Sehr geehrter Herr Forstmeister!

Ich habe die Ehre, Ihnen

zu schreiben.

Sehr mit

I.

Grundlinien

in Bezug auf

Gesetzgebung und Justizpflege,

mit besonderer Rücksicht

auf diese Zweige der Staatsverwaltung

des

Cantons Zürich.

I.

Geographie

in Bezug auf

Geographie und Statistik

mit besonderer Rücksicht

auf diese Zweige der Staatsverwaltung

des

Kanton Zürich

U e b e r

Gesetzgebung und Justizpflege.

A. Im Allgemeinen.

1) *Gesetzgebende Gewalt* ist das *Fundamentalgesetz* in allen Zweigen der *Regierungs-Gewalt*. Auf der *gesetzgebenden Gewalt* beruht folglich auch die *Justizverwaltung* — *Sine lege non datur crimen nec poena*. — Ihr *Zweck* besteht darin, *dass alle im Staate lebenden Menschen auf friedlichem Wege bey ihren Rechten und ihrem Eigenthum geschützt, gewaltsame Eingriffe anderer in dieselben gestraft, und den öffentlichen Gesetzen Achtung und Gehorsam verschafft werde*. Daher ist die *Justizverwaltung* einer der wichtigsten Theile der *Staatsverwaltung*, da durch sie allein der *Hauptzweck* des Staats: *Sicherheit der Personen und des Eigenthums* — erreicht wird.

2) Die *gesetzgebende Gewalt* steht ausschliesslich, und mit der *Erhaltung* des Staats unzertrennlich, der *obersten Gewalt* im Staate zu. Sie begreift das Recht:

gewisse Richtschnuren für die Handlungen der Bürger zu vollkommen verbindlichen Richtschnuren zu erheben, um den Privatwillen eines jeden, in möglichster Uebereinstimmung mit dem Staatszwecke zu erhalten. — Diese Richtschnuren heissen Gesetze, die aber erst durch die Promulgation vollkommen verbindliche Kraft erhalten. Um den Gesetzen Wirksamkeit zu verschaffen, muß der obersten Gewalt auch das Recht zustehen, die nöthigen Verfügungen zu treffen, um dieselben zur Kenntniß derer zu bringen, die ihnen nachleben müssen.

Ein drittes Haupt-Erforderniß um den Zweck der Gesetze zu erreichen, ist, daß der obersten Gewalt auch das Recht zu Ergreifung derjenigen Maaßregeln zustehe, die erforderlich sind, den Gesetzen und ihrer Entscheidung, Achtung und Folgeleistung zu verschaffen. (*Executions-Straf-Recht*). Denn so gewiß der Staat seinen Zweck erreichen muß, so gewiß muß er Strafe drohen, und so gewiß eine Drohung zu Verhütung einzelner Rechtsverletzungen wirksam bleiben muß, so gewiß muß die nicht wirksam gebliebene Drohung vollzogen werden — Da alle positiven Gesetze sich in den zufälligen Verhältnissen und Umständen des Staats gründen, d. h. die Resultate der Bedürfnisse des Staats sind, diese aber fortwährenden Veränderungen unterworfen sind, so ergiebt sich hieraus, daß auch die positiven Gesetze veränderlich seyn müssen, wenn sie ihre verbindliche Kraft nicht verlieren sollen. Hier

wird also das *Recht der obersten Gewalt zur Pflicht*, die bestehenden Gesetze dem veränderten Bedürfnis anzupassen, demselben gemäß ihre verbindliche Kraft entweder ganz (*abrogare*) oder nur zum Theil aufzuheben (*derogare*).

3) Keine *Staatshandlung* ist denkbar ohne Voraussetzung der *Wirksamkeit vollkommen verbindlicher Regeln*, d. h. der *gesetzgebenden Gewalt*. Alle Ausflüsse der *Regierungsgewalt* gründen sich am Ende auf die *gesetzgebende Gewalt*, denn alle Gesetze laufen zur *Erhaltung des Staatszwecks* — der *Sicherheit* — hinaus. Folglich gründet sich auf dieselbe auch die *Gerichtsgewalt*. Diese begreift das *Recht der obersten Gewalt*, die Gesetze auf einzelne zweifelhafte Rechtsverhältnisse anzuwenden, und dieselben nach den Gesetzen zu entscheiden. Der einzige *Masstab* der *Gerichtsgewalt* hierbey ist das Gesetz. Aus der *Vergleichung des Verhältnisses der Handlung zu dem Gesetz* ergibt sich das *positive* oder *negative Verhältniss* derselben, ob sie *gut* oder *böse*, ihre *Legalität* oder *Illegalität*, welche, und in wie fern ein *mehr* oder *minder gesetzwidriger Wille* des Thäters sich aus den *äusseren That-sachen* ergebe, die *Gerichtsgewalt* zu beurtheilen, zu entscheiden, und so fern *That* und *Absicht* des Thäters klar sind, die *Entscheidung des Gesetzes in Vollziehung* zu bringen hat.

4) Bey allen ältern Völkern war *gesetzgebende* und *richterliche Gewalt* vereinigt, die Könige saßen selbst

zu Recht — so in Rom zu den Zeiten Tibers und Augusts, und ihren Nachfolgern, so in den Jahrhunderten des Mittelalters bey den germanischen Völkern — *entweder allein, oder umgeben von den Großen ihres Reichs*; allein, so natürlich dies auch scheint, so ist doch nicht zu läugnen, daß diese Vereinigung der *gesetzgebenden und richterlichen Gewalt* eine Hauptquelle des Despotismus gewesen ist. Allmählig hat sich diese Sitte in den *europäischen Staaten* verloren, zwar nicht so, daß sich behaupten liesse, daß die *oberste Gewalt* das *Recht der richterlichen Gewalt* nicht mehr besitze, denn nur in der *Form der Ausübung* ist eine Veränderung vorgegangen, in so fern nemlich jetzt in *ihrem Namen* die *Gerichte* gehalten werden, die *oberste Gewalt* das *Recht, recht zu sprechen, ändern* überträgt. Eine Veränderung von hoher Wichtigkeit, indem dadurch der Grundsatz praktisch geworden ist, daß die unmittelbare Einmischung der *Regierung* in die *Justizpflege* immer despotisch sey. Die *oberste Gewalt* überträgt nun die *Gerichtsgewalt* gewissen *Stellvertretern*, die sie ernennt und ansetzt, und deren Wirkungskreis sie im Allgemeinen bestimmt, daher *Richter, Gerichtsbehörden, Rechtscollegien, Gerichtshöfe*, je nachdem sie *einzelnen Personen*, oder *ganzen Collegien* die *Gerichtsgewalt* überträgt. Ein solcher *Gerichtshof* bildet eine *moralische Person*, deren *Handlungen* die *gefällten Urtheile* sind. Da nur die *oberste Gewalt* die *Gerichtsgewalt* besitzt, und ausüben darf, so wird es auch von

ihrer Bestimmung und Anordnung allein abhängen, über welche Personen und Sachen, und in welchen Fällen einzelne *Richter* und *Gerichtshöfe* aussprechen sollen; ferner was Recht und Unrecht ist, worüber sie zu sprechen haben, d. h. die Bestimmung ihres Wirkungskreises. Hierin liegt der Begriff *des Gerichtsstandes* (*fori*). *Forum* ist *Eingrenzung der Gerichtsgewalt einer untergeordneten Behörde in Rücksicht theils auf Personen, theils auf Sachen*. Es kann nemlich die *Sphäre der Gerichtsgewalt in Rücksicht auf Personen* bestimmt seyn, z. B. geistliche, Militairgerichte, oder in *Bezug auf Sachen*, z. B. in Handels- Wechselssachen — in *Peinlichen* oder in *Polizeysachen* abzusprechen. In Bezug auf die Verschiedenheit der *Sachen* giebt es also einen *dreyfachen Gerichtsstand*, deren Verschiedenheit von der Verschiedenheit der Rechtshändel herzuleiten ist, und somit zerfällt auch die *Rechtspflege überhaupt*, in die speziellen Theile, der *Civil- Criminalgerichts- und Polizeypflege*. Ich werde das Wesen und den Hauptcharakter der beyden erstern hier einzeln anzugeben suchen.

5) A. *Die Civilgerichtspflege beschäftigt sich mit der Entscheidung streitiger Rechtsverhältnisse das Mein und Dein unter Privatpersonen im Staate betreffend*. Hier ist also die Rede von einer *quaestio juris*, wobey es darauf ankommt, einem einzelnen Bürger zu seinem Rechte, wenn ihm anders ein solches zusteht, zu verhelfen. Hieraus ergeben sich zwey wichtige Erfordernisse, daß nemlich 1) *Richter und Anwälde der Par-*

theyen gelehrte Kenntniß des Rechts haben müssen, und davon ist eine natürliche Folge, 2) daß *Richterstellen bleibende lebenslängliche Stellen* seyn müssen, da sie *Vorbereitung durch lange Zeit*, und einen nicht gemeinen *Scharfsinn* und *Urtheilskraft* erfordern, welche nur durch *lange Uebung* ausgebildet werden können. Mit allen diesen Vollkommenheiten bleibt aber dennoch der *Richter, Mensch, menschlichen Irrthümern unterworfen*, er kann sich irren, sowohl in der Beurtheilung des Verhältnisses des streitigen Rechts zu dem Gesetz, (*in jure*) als in Rücksicht der identischen Vorstellung der Sache selbst, (*in facto*) beyde Irrthümer ziehen aber Beeinträchtigung der Rechtsverhältnisse eines der beyden streitigen Theile nach sich, und da nun der *Zweck der Justizpflege* der ist, allen Rechtsstörungen vorzubeugen, und jeden in dem Besitz seiner Rechte zu schützen, so werden noch andere Institute nothwendig. Dah. geh.

a) Appellations-Instanzen; durch diese können die niedern Behörden besonders controllirt werden. Ein fester Gang der Appellation wird aus den angeführten Ursachen zum *Bedürfnis*s, nur müssen dabey gehörige Beschränkungen eintreten, daß nur bey wichtigern Sachen Appellation statt haben könne, und dieselbe an bestimmte Formalitäten und Termine gebunden werden.

b) Instanzen, einander subordinirte Gerichtshöfe, nur dürfen ihrer nicht zu viele seyn, da sie die endliche Entscheidung des Rechtsstreits verzögern. Am wenigsten dürfen die *niedern Instanzen* zu *Bildungsschulen* der

Richter für die höheren Gerichtshöfe gemacht, und somit alle Begriffe von Heiligkeit der Justizpflege herabgewürdigt werden, was gewiß die traurigsten Folgen für den Staat erzeugen muß.

6) Ueberhaupt wird zu einem ordentlichen Gang der *Justizpflege* eine *bestimmte Prozessform* erfordert. Im *Naturrecht* kann sich jeder selbst Recht schaffen, aber im *Staate* ist Selbsthülfe Unrecht und strafbar, insofern nicht die Gesetze selbst eine Ausnahme machen, dagegen Regel: *sein Recht durch richterliche Hülfe zu verfolgen*, so entsteht *gerichtliche Rechtsverfolgung*, d. h. *Prozess*. In der eigentlichen Bedeutung wird unter *Prozess*, die *Form, die Art und Weise der Verhandlung eines Rechtsstreits vor dem Richter, in der Absicht, denselben dadurch beyzulegen*, verstanden. Man theilt den *Prozess* in Bezug auf das *Verfahren des Richters* in den *ordentlichen* und *summarischen*, dem *Objecte* nach, in den *Civil- und Criminal-Prozess*, je nachdem die zu *verhandelnde Rechtssache* eine *Civil* oder *Criminal*sache ist. Das *Verfahren des Richters* sowohl, welchem im *Civil-Prozess* die *Verhandlungsmaxime* zum Grunde liegt, als auch die *Art und Weise sein Recht geltend zu machen*, muß an bestimmte Vorschriften und Formen gebunden seyn, die dahin zielen, theils das Ansehen und die Würde einer *Gerichtsbehörde* unverletzt zu erhalten, theils daß das Recht in der möglichst kürzesten Zeit klar werde.

7) Die *Personen*, die bey einem *Prozess* vorkommen,

sind entweder solche, die der Natur der Sache nach nothwendig dabey vorkommen müssen — *Hauptpersonen*, diese sind auf der einen Seite der *Richter*, auf der andern Seite die *Partheyen*, oder solche die nicht wesentlich nothwendig sind, — *Nebenpersonen*. Unter diesen verdienen besonders die *Rechtsanwälde der Partheyen*, oder *Advocaten* erwähnt zu werden; sie übernehmen die *Vertheidigung der Partheyen* vor dem *Richter*, und ihre *Zulassung* ist als ein *wesentlicher Theil* selbst der vollkommensten Gerichtsverfassung und Justizpflege anzusehen. Jeder gründlichen Entscheidung einer Streitfrage muß eine vollständige Ansicht aller Seiten, von denen sie sich betrachten läßt, vorangehen, diese darf man da am sichersten erwarten, wo jede Seite von einer Person, die nur aus einem Gesichtspunkt betrachten *will*, dargestellt wird, und dazu soll der Richter zu partheyloß, zu kalt seyn, die Parthey ist zu leidenschaftlich, oder zu ungeübt dazu. Diese fremden Vertheidiger sollen keineswegs dem Staate verpflichtete Gehülfen des Richters, sondern gedungene Rechtskünstler der Partheyen seyn. Ihr Zweck soll und kann der Natur der Sache nach — nicht zunächst auf Erforschung der Wahrheit und Aufklärung der Sache, sondern auf die Gewinnung des Prozesses für ihre Clienten gehen, und es ist daher durchaus erforderlich, daß ihnen kein zu großer Spielraum freyer Formen gestattet werde, wodurch der Chicanerie ein weites Feld geöffnet, und die Prozesse verewigt werden könnten.

8) Bey der *Prozessform* kommen noch in Betracht, die *schriftlichen oder mündlichen Verhandlungen*. Beyde haben ihre Vortheile und ihre Nachtheile. Durch erstere wird der *Gang des Prozesses* langsamer, aber sicherer, indem der Richter den Rechtsgegenstand einer ruhigen Prüfung unterwerfen kann, sie haben aber den Nachtheil, daß durch sie alles geheim betrieben wird. Die *mündliche Verhandlungsart* ist mit einer gänzlichen Oeffentlichkeit der Gerichte verbunden, — daher auch die Staaten, die eifersüchtig auf ihre politische und bürgerliche Freyheit, dieser immer vorzüglich ergeben sind. Hier kann der Richter nicht so leicht willkührlich verfahren, und im Stillen das Recht beugen; allein auf der andern Seite kann der Richter leicht durch den guten Redner bestochen, es können die Leidenschaften aufgereizt, und eine deutliche und klare Ansicht des Rechtsgegenstandes dem Richter erschwert, wohl gar unmöglich gemacht werden, auch opfert derselbe vielleicht seine Ueberzeugung der Opinion des gegenwärtigen Publici auf.

Aus den *mündlichen Verhandlungen* entsteht die *gerichtliche Beredsamkeit*, die für eine Nation von grofser Wichtigkeit ist, indem sie eine Quelle ihrer Ausbildung und gröfserer Vielseitigkeit wird. Da wird überhaupt ein gröfserer Werth auf das gelegt, was man *gut sprechen* nennt, d. h. die *Kunst seine Ideen klar und bestimmt im mündlichen Vortrage darzulegen*. Man findet die Beweise davon, bey den Italie-

nern und Franzosen, auch in dem höhern Grade von intellectueller Bildung auf eine auffallende Weise.

9) Das *Wichtigste* bey allen *bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten* für die *Regierung* ist, daß sie suche, diesen Streitigkeiten zuvorzukommen, nämlich daß gar kein *Prozeß* angenommen wird, ehe ein Versuch zur gütlichen Ausgleichung der Partheyen gemacht worden ist. *Institute der Art* sind: die *Gewissens-Friedens-Gerichte*, deren Resultate bey einer zweckmäßigen Organisation eben so ausserordentlich seyn können, als es unglaublich ist, wie weit das Prozessieren gehen kann, wo solche Institute fehlen. Freylich hängt ihr Erfolg sehr viel von dem Charakter einer Nation ab.

10) B. *Criminalgerichts-Pflege*. Man theilt den *Criminal-Prozeß* in Rücksicht auf das *Verfahren* (*modum procedendi*) in den *accusatorischen* — *Anklage-Prozeß*, worin auf Antrag und fernere Theilnahme eines *Anklägers*, der vom *Richter* separiert, dem Beklagten aber auch bekannt ist, die ganze Verhandlung eingeleitet und durchgeführt wird, und in den *inquisitorischen* — *Untersuchungs-Prozeß*, wo der *Richter* auch ohne eine besondere Aufforderung, schon seiner *Amtspflicht* wegen den *peinlichen Prozeß* anfangen kann, und ihn wenigstens ohne Theilnahme eines bekannten Anklägers fortsetzt. Hier ist die Frage von einer *Quaestio facti*, ist der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig? und dann, *Anwendung des bestehenden Strafgesetzes auf dieses Factum*. Zur Aus-

mittlung jener Frage gehören eigentlich keine Rechtskenntnisse, sondern nur Untersuchung einer *vorliegenden Thatsache*, und gesunde Beurtheilung. — In mehreren Staaten, besonders wo das römische Recht eingeführt ist, sind die *Civil-Richter* häufig auch zugleich *Criminal-Richter*, doch so, daß den *niederen Behörden* diese entweder gar nicht, oder nur mit grofser Beschränkung überlassen ist. So pflegt alsdann auch der *Gang der Appellation* der gleiche zu seyn, nur daß bey *Todesstrafen Confirmation* des *Regenten* erfordert wird, der auch das *Recht der Begnadigung* hat. Ein *wohlthätiges Recht*, so fern es nicht mißbraucht wird, öfters *Bedürfnifs*, überhaupt erscheint die Regierung dadurch in einem wohlthätigen Lichte. Die Strafen aber soll sie nicht schärfen dürfen.

11) *Der Criminal-* ist wesentlich von dem *Civil-Prozefs* verschieden, a) in Rücksicht auf das *Subject* das seine Rechte geltend macht. Hier ist der Staat die verletzte moralische Person, und zugleich auch Richter, was nie im *Civil-Prozefs* verbunden seyn kann, b) in Rücksicht *seines Zwecks*. Die Absicht alles peinlichen Verfahrens geht dahin, dem Strafgesetz, wenn es wirklich übertreten ist, seine Anwendung zu verschaffen, im *Civil-Prozefs* hingegen, s. §. 5. c) In Rücksicht *der Grundprincipien des Verfahrens*: im *Civil-Prozefs* ist die sogenannte *Verhandlungs Maxime* — im *Criminal-Prozefs* hingegen *Offizial-Untersuchung* Grund-Prinzip.

12) Beym *Criminal-Prozefs* sind erstlich folgende

Fragen in Gewissheit zu setzen, 1) *ob* und von *wem* ein bestimmtes Verbrechen begangen, und *was* ist in Ansehung des desselben Angeklagten erwiesen? 2) Welche erschwerende oder erleichternde Umstände der That vor oder nachgegangen seyen, die Absicht des Thäters? 3) Was für eine Strafe die Gesetze auf ein, unter den ausgemittelten Umständen begangenes Verbrechen, bestimmen? Sind That, Absicht und Strafwürdigkeit des Thäters ins Klare gebracht, so hat der *Richter* das Strafgesetz zur Anwendung zu bringen. Allein bey der Unvollkommenheit aller menschlichen Werke, und der beständigen Wandelbarkeit der Schicksale, Verhältnisse, Sitten, Gebräuche, der absoluten und relativen Lage eines Staats, und endlich bey dem, dem menschlichen Geiste undurchdringlichen Schleyer der Zukunft, kann an eine *absolute Vollkommenheit einer Gesetzgebung* nicht gedacht werden. In objectiver Hinsicht wird das Gesetz weit leichter die *Stufenfolge* der Verbrechen angeben können, alle einzelnen Fälle der Strafwürdigkeit aber zu erschöpfen, ist, — da in subjectiver Hinsicht, die, der äusseren Erscheinung der That zum Grunde liegenden Motive des Thäters, immer eine grofse Verschiedenheit der einzelnen Fälle erzeugen werden — geradezu unmöglich. Daher hat das *Gesetz gewisse allgemeine Vorschriften*, und eine *äussere Form* festzusetzen, mit Hülfe derer der *Richter* mit möglichster Wahrscheinlichkeit die *Gröfse* der That in objectiver und subjectiver Rücksicht ausmittle, und die

Strafe bestimme. Zufolge dieser *Form*, muß, wenn der *Endzweck des Staats* möglichst erreicht, und also die Rechte *aller* so viel als möglich gesichert werden sollen, die *Gewissheit*, daß kein Verbrecher der verdienten Strafe entgehen, und die *Gewissheit*, daß kein Schuldloser gestraft werde, *gleich* seyn. Zwischen der *Größe des Verbrechens* und der *Größe der Strafe* soll die *möglichst erreichbare Gleichheit und Proportion* beobachtet werden, weil ohne dieß die größern Verbrechen weit häufiger werden begangen werden, damit aber die *Strafe gleich* den Verbrecher treffe, muß sie *ungleich* seyn. — Alle die zahllosen *Milderungsgründe* sind verwerflich, sie hemmen einen *festen Gang der Justiz*, die Hoffnung dabey der Strafe zu entgehen, reizt zu Verbrechen, da ein solches bey der Menge der *Milderungsgründe* immer zu einer zu entschuldigenden That gemacht werden kann. Nur die *Ueberzeugung unter dem Volke*, daß keiner ein Verbrechen *ungestraft* begehen könne, *schreckt von Verbrechen zurück* — Einzig könnte man als *Milderungsgrund* den Zustand des höchsten Affects gelten lassen. — Der *Richter* beurtheilt die *Legalität, oder Illegalität einer Handlung*, d. h. insofern als sie sich gegen die bestehenden Gesetze verstößt, und daher den Rechtsverhältnissen anderer nachtheilig ist, denn *Sicherung der Rechte ist der letzte Zweck der Strafgesetze*, ferner, in wie fern sich aus den äusseren Thatsachen ein mehr oder weniger *gesetzwidriger Wille* ergebe, hier ist *Princip*,

dafs, jemehr die rechtswidrige Handlung Ausdruck eines rechtswidrigen Willens ist, dieselbe um so strafbarer sey. Ueber die *Moralität* — was vor dem gewissen Recht ist, im Gegensatz von Legalität, dem juristischen äussern Rechte — der *Handlung* und des *Willens* zu urtheilen, liegt ausser der *richterlichen Sphäre*. Sie gehört vor den *Richterstuhl des Weltenrichters*. — Denn der Richter ist Mensch, und besitzt als solcher nicht genug Einsichten, um das vor seinen Augen verborgne Gewissen seines Mitmenschen erforschen, und ein richtiges Urtheil darüber fällen zu können. —

13) In mehreren Ländern sind die *Júris* bey *Criminal-Prozessen* eingeführt, dafs eine gewisse Zahl von *Geschwornen*, gleichen Standes mit dem Beklagten, aufgestellt werden, um zu untersuchen, ob der Angeklagte *schuldig*, oder *nichtschuldig* sey. Der ganze *Prozess* aber wird vom *Richter* instruiert, und hat die *Júris* über die Strafbarkeit des Beklagten gesprochen, von ihm das *Gesetz* appliciert. Werden nun dem Angeklagten hinlängliche Freyheit, gegen die Mitglieder der *Júris* die er nicht haben will, für partheyisch hält etc. zu protestieren, und zugleich alle Mittel zu seiner Vertheidigung gelassen, so haben alsdann die *Júris* vieles für sich, indem durch sie ein rascherer Gang der *Criminal-Justiz* herbeygeführt wird. Nur muß der ganze Gang derselben der *Júris* überlassen bleiben, und die *Regierung* sich keine willkührlichen Eingriffe erlauben dürfen, indem sie gewisse Verbrechen derselben entzieht,

und dafür Commissionen, Specialgerichte niedersetzt, besonders bey Verbrechen, die man unter dem Namen, *Staats-, Majestäts-Verbrechen der beleidigten Nation* begreift. Aeltere und neuere Geschichte lehren uns, welche Mißbräuche man damit getrieben hat, und welcher Despotismus dadurch gegründet wurde, da der Name *Staatsverbrechen*, so unbestimmt, und einer so großen Ausdehnung fähig ist. Es ist daher auch eine der wohlthätigsten Einrichtungen, wenn in der *Gesetzgebung der Begriff von Staatsverbrechen* gehörig bestimmt ist.

14) Eine andere nicht minder nachtheilige Quelle von Mißbräuchen der *Criminal-Justiz* entsteht aus den *Privilegien*, welche gewisse Classen der Bürger in Rücksicht auf *Justiz*, besonders auf *Criminal-Justiz* besitzen; dieß ist in vielen Ländern besonders der Fall, mit dem Adel und der Geistlichkeit. In einigen derselben wurden diese Vorrechte so weit getrieben, daß es fast unmöglich war, Verbrechen aus dieser Classe beyzukommen. *Vor dem Gesetz müssen alle gleich seyn.* Dieser von *Friederich II.* aufgestellte Grundsatz ist ein Lieblingssatz der neueren Politik geworden; er darf aber nicht in dem Umfange aufgestellt werden, als wenn gar keine Ungleichheiten statt finden dürften, vielmehr läßt sich zeigen, daß das *Wohl des Staats Ausnahmen* erfordert, so soll z. B. des *Regenten Person unverletzlich* seyn, es müssen gewisse *Stände, gewisse Stellen*, die bekleidet werden, darin Vorrechte haben,

so die *Representanten einer Nation*; die freye Ausübung ihrer Functionen, die Wichtigkeit ihrer Plätze führt das schon mit sich, nur muß hier die Beschränkung eintreten, daß dadurch für dieselben keine Straflosigkeit hervorgebracht, sondern nur die Form sie zu belangen verändert werde. Es können dadurch die Verbrechen in ihren eignen Augen, und denen der Nation noch erhöht werden.

B. In Bezug auf unsere Gesetzgebung und Justiz-Pflege.

15) *Ehrrwürdig* allerdings ist und bleibt das *Gebäude unserer Gesetzgebung*, und in Hinsicht auf die erreichte Stufe von Volkswohl und Volkscultur unsers Landes ein schönes Monument der Moralität, der Einfachheit der Sitten und Gebräuche unsers Volks, des Glückes der vergangenen Zeit — aber diese Zeit ist nicht mehr dieselbe — die Quelle ihres Glücks versiegt — anders der Geist, anders das Bedürfnis der gegenwärtigen Zeit, und in Bezug auf diese, ist die Mangelhaftigkeit, und das daraus entspringende Bedürfnis einer Reformation unserer *Gesetzgebung* zu unwidersprechbar einleuchtend, als daß sie nicht schon lange von der *Regierung* lebhaft empfunden worden wäre, — und wirklich ist der vielversprechende Zeitpunkt gekommen, wo thätige Hand an das schöne und wichtige Werk gelegt wird. Eine Commission der *talent-* und *einsichtsvollsten Regierungsglieder unsers Staats*, hat den Auftrag der

Re-

Regierung, einen *Criminal-Codex* zu entwerfen, bereits vollendet, *Er* bedarf nur noch der *Sanction der beyden Rätke*, als der *gesetzgebenden Gewalt* — und somit wäre dann eine Lücke ausgefüllt, die in der Verwaltung eines freyen Staats kaum gedenkbar ist. — Bey jenen Empfindungen der *Regierung*, deren einziger *Maasstab* ihrer Handlungen das *gemeine Wohl* ist, läßt sich erwarten, *Sie* werde nicht stehen bleiben, sondern ihre aufmerksame Sorgfalt auch auf die *Civilgesetze* unsers Staats ausdehnen, die so unendlich weit hinter dem Bedürfnis der Zeit zurückstehen.

16) Je einfacher ein Volk lebt, desto einfacher werden auch seine *öffentlichen Bedürfnisse*, mithin auch seine *Gesetzgebung* seyn. Sie werden aber immer zunehmen, je mehr dasselbe in der Cultur vorwärts schreitet, die Verhältnisse der im Staate lebenden Menschen untereinander, — durch Zunahme der Industrie, der Bevölkerung etc. — mannigfaltiger, verwikelter werden, somit müssen auch die *Gesetze*, als *Resultat der Bedürfnisse eines Volks*, vollkommener und vollständiger, dem Bedürfnis mehr angepaßt werden. Es wird also erforderlich seyn, daß die *Gesetzgebung* mit der zunehmenden Cultur des Volks gleichen Schritt halte. Ist dieses nicht der Fall, so entstehen große, dem Gemeinwohl gefährliche Nachtheile. Fehlen *positive Gesetze*, die der *richterlichen Gewalt* zur Norm dienen,

an die *Sie* sich halten muß, so tritt Willkühr an die Stelle des Rechts, welche immerhin für einen Staat ein großes Uebel ist, da auch der Richter Mensch, menschlichen Irrthümern ausgesetzt ist, und auf dessen Beweggründe und Handlungen Leidenschaften einwirken, von denen allein die *Gotttheit* frey ist. Dazu kommt noch, daß das Recht immerhin zweifelhaft bleibt, da die Belehrung der Gesetze wegfällt, und daraus eine unerschöpfliche Quelle zu Rechtsstreitigkeiten entspringt. Ferner wird dadurch mancher, auch bey dem Bewußtseyn seines Unrechts, durch die Hoffnung kühn gemacht, den Richter durch rührenden Vortrag zu gewinnen, oder durch Scheingründe hintergehen zu können u. s. f. Hieraus lassen sich nun auch die Klagen über die große und traurige Ueberhandnahme der Prozessiersucht in unserm Lande beantworten, und diese liefert zugleich auch den unzweideutigsten Beweis für das gesagte. Ein Gegenstand, der die größte Aufmerksamkeit verdient, da nichts so nachtheilig auf den Character und die Moralität eines Volks wirkt, nichts seiner physischen und moralischen Cultur mehr schadet, als wenn das Prozessieren, so zu sagen zur Mode geworden ist, — und leider geht man immer schneller in dem Schlimmen, als dem Guten vorwärts.

17) Soll dem Uebel abgeholfen werden, so wird als Mittel zu diesem Zweck eine *gute Rechtspflege* noth-

wendig seyn, deren erstes Hauptforderniß, die *Aufstellung eines vollkommenen, dem Bedürfniss der Zeit angepassten Gesetzbuches* ist. Wir haben oben gesehen, daß es nicht möglich sey, daß ein Gesetzcodex alle mögliche Rechtsfälle erschöpfen, mithin dasselbe nicht allen Rechtsstreitigkeiten werde vorbeugen können; dies liegt in der Natur der Sache, und kann vernünftiger Weise nicht verlangt werden. Was aber eine möglichst vollkommene Gesetzgebung leisten könne, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Freylich ist ihre Aufstellung ein Mühe und Zeit erforderndes, mit großen Schwierigkeiten verbundenes Geschäft. Allein — wäre wohl die Menschheit je auf die bewundernswerthe Stufe der Cultur unsers Zeitalters vorgerückt, wenn der menschliche Geist vor den oft unübersteiglich scheinenden Hindernissen zurückgebebt wäre, statt daß er dieselben durch sie gerade angefeuert, eben so mühevoll als kühn überschritten hat? und, jene Schwierigkeiten sind zwar allerdings groß, aber nicht unbesiegbar. Haben doch andere größere und kleinere Staaten, denen wir weder in physischer noch intellectueller Cultur nachstehen, gezeigt, was trotz dieser Hindernisse geleistet werden könne.

18) Mit Hülfe *des röm. Rechts* und möglichster Rücksicht auf die Bedürfnisse der Zeit, liefse sich allerdings ein *Gesetzbuch* entwerfen, das den möglichst höchsten

Grad der Vollkommenheit erreicht hätte. Da aber auf die *Privat-Rechtsgewohnheiten* vorzüglich mit Rücksicht genommen werden muß, und diese sich ohne Despotie nicht aufheben lassen, so müßten diese erst geläutert und gesammelt, und dann ein allgemeines subsidiarisches Gesetzbuch aufgestellt werden. In den meisten germanischen Staaten hat das *röm. Recht* Eingang gefunden, und ist entweder völlig, oder zum Theil wenigstens herrschend geworden, dieß indem neben demselben das alte gemeine Recht beybehalten wurde. *Ueber diese Annahme eines fremden Gesetzbuches, in einer ausgestorbenen Sprache*, hat man schon viele Klage, und *dieselbe* als ein großes Uebel darstellen gehört. Was die *Sprache* betrifft, so hat dieß allerdings große Nachtheile, allein es fragt sich, ob denselben durch ein in der Landessprache abgefaßtes, promulgiertes Gesetzbuch abgeholfen werden könne, oder ob diese Nachtheile nicht vielmehr sich aus der Natur des Menschen ergeben? „Der unerfahrene Bürger, — sagt ein deutscher Civilist — welcher bey jeder Gelegenheit in Gefahr ist, die gesetzmäßigen Erfordernisse zur Gültigkeit seiner Handlung zu vernachlässigen, der Gläubiger, welcher unwissend des Rechts einem *filio familias* Geld borgte, ein anderer, der durch den Vellejanischen Rathschluß — der allen Weibspersonen die Intercessionen verbietet — um sein Capital geprellt wird, werden die Jurisprudenz als eine Heuchlerin verabscheuen, welche das Licht

meidet, um desto sicherer schaden zu können. Man wende, fährt er fort, nicht ein, daß er die Sachverständigen hätte zu Rathe ziehen können — denn wie oft tritt nicht der Fall ein, daß Zeit und Umstände solches nicht erlauben, — daß ein solcher Rath mit zu vielen Kosten verknüpft ist (?) daß mancher Rathgeber aus Unwissenheit oder vorsetzlich einen falschen Rath mittheilt, daß endlich die Priester der Gerechtigkeit selbst in ihren Meinungen von einander abweichen, u. dgl. m.” — Sobald nun aber ein Gesetzbuch ein wissenschaftliches Studium erfordert, was selbst bey dem Landrecht der Fall ist, so wird immer nur ein kleiner Theil der Nation sich damit beschäftigen, das Volk kann nie Jurist seyn. Auch wenn das Gesetzbuch in der Landessprache abgefaßt ist, wird die arbeitende Classe der Bürger dasselbe schwerlich zu einem Unterhaltungsbuche geeignet finden, noch der Landmann seine Bibel an den Civilcodex vertauschen, und gesetzt auch alle würden denselben lesen, würden ihn auch alle, würde ihn auch nur der kleinste Theil verstehen? Ich kenne die populäre Sprache nicht, die allen verständlich wäre. Zudem sind jene Nachtheile, die daraus entspringen können, zufällige, und keineswegs nothwendige Nachtheile, die sich auf die theils unvollkommne, theils bösertige Natur des Menschen, und nicht auf den Mangel der *Promulgation*, oder *Nichtabfassung der Gesetze in der Landessprache*, gründen, die denselben aus dem angeführten Grunde

doch nicht vollkommen abhelfen könnte. In Bezug auf die Annahme des *röm. Rechts* ist es unläugbar, daß dasselbe Vorzüge besitzt, die kein anderes Recht hat; keine Nation hat die *Civilgesetzgebung* so ausgebildet, wie die Römer, und im Ganzen genommen sind die civilrechtsbürgerlichen Verhältnisse unter civilisirten Nationen sich ziemlich gleich, daher ist und wird das *röm. Recht* immer die reichste Quelle der *Gesetzgebung* civilisirter Nationen bleiben. Der Vorwurf der Schande, welchen die Verfasser der Abhandlung von der Criminalgesetzgebung, — einer von der ökonomischen Gesellschaft in Bern gekrönten Preifsschrift — polizierten Völkern machen, die sich bey Aufstellung besserer Gcsetze bey andern Nationen Raths erholen, ist eben so ungegründet, als der Erfahrung zuwieder. Warum soll der Gesetzgeber das Gute nicht benutzen dürfen, wo er es findet? Auch den neuern Versuchen von Gesetzbüchern liegt doch das *röm. Recht* zum Grunde.

19) Aus der Veränderlichkeit der Bedürfnisse eines Volks ergiebt sich, daß auch die *Gesetze*, als *Resultat dieser Bedürfnisse* veränderlich seyn, und da sie das höchste und heiligste Mittel den Zweck des Staats zu erreichen, sind, auch immer in dem heiligsten Ansehen erhalten werden müssen. Zwar scheint die nothwendige Eigenschaft der Veränderlichkeit einer Sache, dem Begriffe von Heiligkeit derselben zu widersprechen,

allein dieser Widerspruch wird hier durch das *Wesen der Gesetze* selbst gehoben. Ein *Gesetz* erhält sein Ansehen durch seinen Einfluß auf die Wohlfahrt des Staats, durch seine Gerechtigkeit und Nothwendigkeit, diese gründen sich auf das Bedürfnis, verändert sich dieses, so fallen mit dem Grunde des Gesetzes seine Anwendbarkeit, mithin seine nothwendigen Erfordernisse, und somit sein Ansehen weg. Sind nun viele solcher unanwendbar gewordener *Gesetze* vorhanden, und bloß neue *Gesetze* aufgestellt, ohne daß die verbindliche Kraft jener gesetzlich aufgehoben worden wäre, so entstehen Widersprüche, Verwirrung, und jene Gefahr droht der ganzen *Gesetzgebung*; um nun dieselbe zu retten, müssen die unpassenden *Gesetze förmlich* zurückgenommen, und nach dem veränderten Bedürfnis *neue* aufgestellt werden. Als Mittel zu diesem Zweck wäre erforderlich und höchst empfehlenswerth, daß eine *perpetuirliche Gesetz-Commission* aufgestellt würde, deren Geschäft es seyn würde, die *vorhandenen Gesetze* von Zeit zu Zeit zu *revidieren*, zu *ordnen*, auf die *Zurücknahme* der unpassenden *Gesetze* bey der *gesetzgebenden Gewalt* anzutragen, und die *Früchte ihrer Arbeit* *sanctionieren* zu lassen.

20) Es ist eine bekannte Regel: *wo der Grund des Gesetzes wegfällt, da fällt auch die Anordnung desselben weg*. Hier ist also nöthig, dasselbe förmlich

zurückzunehmen. Diese *Zurücknahme des Gesetzes* muß sich aber nicht auf die Unanwendbarkeit desselben in einzelnen Fällen — weil etwa ein oder anderes Individuum diejenige Beschaffenheit nicht haben sollte, welche sonst gewöhnlich bey Personen, Sachen und Handlungen einzutreten pflegt, und deshalb einen Beweggrund des Gesetzes ausmacht, — gründen, sondern die *Legislation* kann nur auf das Ganze, nur auf den gewöhnlichen Gang der Dinge ihr Augenmerk richten, und nur wenn die Ursache, warum der Grund einer allgemeinen Verordnung wegfallen soll, nicht aus jenen bloß individuellen und ausserordentlichen Eigenschaften gewisser Subjecte hergenommen wird, sondern wenn andere Verhältnisse hinzukommen, welche im Allgemeinen schon durch die Natur der Sache, oder durch die Vorschrift anderer *Gesetze* dergestalt bestimmt sind, daß bey ihnen gerade das Gegentheil von dem wieder zur *Regel* wird, was den Grund eines allgemeinen *Gesetzes* ausmacht, so kann mit Recht von dem fehlenden Grund des *Gesetzes* auf die Unanwendbarkeit desselben geschlossen, und dasselbe zurückgenommen werden. Immer sollte der Zurücknahme eines *Gesetzes* die Untersuchung vorangehen, und ins Klare gesetzt werden. 1) Was der *Grund des Gesetzes* und der *Zweck des Gesetzgebers* bey seiner Aufstellung gewesen. 2) In wie fern *Grund und Zweck des Gesetzes* nicht mehr vorhanden und erreichbar seyen, und

5) die Ursache, warum sie *beydes* nicht mehr sind. — Wornach bestimmt sich die Gerechtigkeit, mithin die Gültigkeit eines Gesetzes? „*Der Probierstein alles dessen was über ein Volk beschlossen werden kann*, sagt Kant, *liegt in der Frage, ob ein Volk sich selbst wohl ein solches Gesetz auflegen könne?*”

21) Ein zweytes Haupt-Erforderniß einer guten *Justizpflege* sind allerdings *geschickte und unpartheyische Richter*, daher gute *Rechtsschulen* zur Bildung derselben. Es ist einleuchtend, daß der aufgestellte *Zweck* einer vervollkommneten *Gesetzgebung* für unser Land, noch weit weniger erreichbar wäre, als ohne dieselbe, wenn nicht das Studium der Gesetze erleichtert, und zur Nothwendigkeit für diejenigen gemacht würde, die Ansprüche auf Richterstellen machen wollten. Wie ungleich nun auch die Frage in den neuern Schriften beantwortet worden ist: In wie fern der Staat für den National - Unterricht zu sorgen habe? — so ist doch unläugbar, daß dem *Staat* das *Recht* zustehe, die *Laufbahn* vorzuschreiben, die diejenigen zu machen haben, die *künftig in seine Dienste treten wollen* — was sie lernen sollen, um dazu *brauchbar zu seyn*. *Zwang* darf hierbey freylich nicht eintreten, sondern der Staat nur verlangen, daß die nöthigen Kenntnisse erworben werden, und dazu die nöthigen Einrichtungen treffen, also — *Lehranstalten* errichten. Bey der An-

wendung dieses Rechtes des Staats, und der Aufstellung solcher Rechts-Institute für unsern Canton, ist nicht zu läugnen, daß dieselben in Bezug auf ihre allgemeine Wirksamkeit durch unsere Gerichtsverfassung, und die *Art* der Wahlen, wodurch die Gerichte besetzt werden, allerdings einige Beschränkung leiden, und darauf Verzicht geleistet werden müßte, dieselben zu *Pflanzschulen guter Richter* für den ganzen Canton zu erheben. Die Eintheilung desselben in 5 Districte, deren jeder ein erstinstanzliches Civilgericht enthalten, wovon jedes aus Bürgern des Districts, folglich der grössere Theil derselben mit Landleuten — deren Hauptgeschäft immer die Besorgung ihrer Haus- und Landwirthschaft bleibt — besetzt werden muß, — machen es unmöglich, junge Leute ab der Landschaft in dem Alter, wo sie sich zu den Geschäften der Landwirthschaft bilden müssen, dieser zu entziehen, um sie zu Richterstellen, die ihnen doch nur Nebensache bleiben — brauchbar zu machen, — zumal auch, da diese Institute nur auf die Hauptstadt beschränkt bleiben könnten, so lange nicht eine Anzahl guter Lehrer gebildet seyn würde, um etwa in der Folge — was eben so möglich, als wünschbar wäre — in jedem Districte eine solche Rechtsschule anzulegen. Allein auch bey einem beschränkten Wirkungskreise dieser Institute, würde sich wohl bey zweckmäßiger Einrichtung derselben und Eintheilung der Zeit, und der Anwendung möglicher

Erleichterungs- und Aufmunterungsmittel für die Studierenden, manche wohlthätige Rückwirkung derselben auf die Landschaft erwarten lassen. Für die Gerichtsbehörden, und andere in die Justiz- und Polizeypflege einschlagende Stellen der Stadt aber, müßte durchaus gesetzlich geordnet seyn, daß jeder der hier eine Stelle bekleiden wollte, sich dazu durch den Besuch dieser Institute gebildet, die dazu nöthigen Kenntnisse erworben haben sollte. Wenn dabey Vernunft und Erfahrung zu Erreichung größerer Vollkommenheit und allgemeinerer Wirksamkeit dieser Anstalten, sich in der Folge immer thätig die Hand bieten, so lassen sich mit Recht segenreiche Folgen für das Wohl unsers Staats von denselben erwarten.

22) Ein drittes eben so nothwendiges Erforderniß der *Justizpflege* ist ein *sicherer und schneller Prozeßgang*. Darunter verstehen wir, *die rechtmäßige Verhandlung einer Rechtssache vor dem Richter, zum Zweck ihrer rechtlichen Untersuchung und Entscheidung.* (§ 6. 7. 8.) Gewisse Formen sind erforderlich, um jeden Bürger in dem Besitze seiner Rechte zu schützen. Es sollen aber nicht mehr Formen seyn, als nothwendig zum Zweck erfordert werden, damit in der möglichst kürzesten Zeit das Recht klar werde, daher bey der Aufstellung einer Prozeßform von dem Grundsatz der *möglichsten Einfachheit derselben* ausgegangen werden

mufs. Es kommen dabey in Betracht 1) das *Subject* des Prozesses, — die dabey vorkommenden Personen. 2) Das *Object*, oder die Art der gerichtlichen Verhandlungen überhaupt. 3) Die *Form des Verfahrens* von Seiten des Richters sowohl als der Partheyen; — ihre Rechte und Pflichten. Die tägliche Erfahrung lehrt, wie nachtheilig der Mangel einer Prozessform auf den ordentlichen Gang der Rechtspflege und die Schnelligkeit der Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten wirken, und mit Grund läfst sich hoffen, daß auch diesem bisherigen Mangel unserer Rechtspflege abgeholfen werde.

II.

Vergleichung

der

Intestat-Erbfolge

nach

Zürcherischem Stadt-Erbrecht

mit dem

Römischen Rechte.

Intestat-Erbfolge.

§. 1.

Allgemeine Grundsätze der röm. Intest. Erbfolge.

Der Sitz dieser Lehre ist die 118 Novelle. Was die Institutionen und Pandecten darüber enthalten, sind nur Antiquitäten, da Justinian in dieser Novelle eine neue Successions-Ordnung eingeführt hat. Die ganze Intestat-Erbfolge beruht entweder auf Verwandtschaftsverhältnissen (*s. ab. int. ex jure sanguinis*) oder auf andern besondern Gründen. (*s. ab int. ex speciali fundamento*). Blutsverwandtschaft überhaupt ist das Verhältniß zweyer Personen, wovon die eine entweder die mittelbare, oder die unmittelbare Ursache, die andere Wirkung von der ersten ist — *die gerade Linie*, Ascendenten und Descendenten — oder wo beyde die nahe Wirkung einer und derselben Ursache — die gemeinschaftlich Erzeugten von einem Erzeuger — sind — *Seitenlinie* — In der Seitenlinie ist ein Unterschied zwischen vollbürtigen und zwischen halbbürtigen Geschwistern. Die Verwandtschaft in der Seitenlinie beruht entweder auf der Abstammung von einem Paare —

vollbürtige — oder von einer einzigen Person, die in zwey verschiedenen Paaren verkömmt; — halbbürtige Verwandtschaft. 1)

- 1) Gewöhnlich nennt man im Deutschen die vollbürtigen Geschwister, *leibliche*, die halbbürtigen, *Stief-Geschwister*, und zwar unrichtig, da beyde *leibliche* sind. Richtiger könnten Stiefgeschwister, *die* genannt werden, die an sich gar nicht verwandt, sondern nur durch ihre Eltern zusammen gebracht sind, also weder einen gleichen Vater noch eine gleiche Mutter haben.

§. 2.

Jede Blutsverwandtschaft kann aber auch *einfach*, oder *mehrfach* seyn. Alle *mehrfache* Verwandtschaft beruht auf der Abstammung eines Menschen, von einem Paare, mit welchem jemand verwandt ist, ohne von ihm abzustammen. So z. B. wenn zwey Personen, welche unter sich gar nicht verwandt sind, aber einen gemeinschaftlichen dritten Verwandten haben, sich heyrathen, auch wenn zwey unter sich verwandte Personen, zwey wieder unter sich verwandte Personen heyrathen. — Wenn zwey Brüder zwey Schwestern, oder auch wenn jemand nach dem Tode seiner Frau ihre Schwester heyrahet. D. R. R. erwähnt dieser Verschiedenheit gar nicht, sie hat aber bey der Int. Erbfolge in der geraden Linie immer Einfluß, wenn in *lineas* und *stirpes*, nicht aber wenn in *capita* succediert wird.

Die Blutsverwandtschaft muß ferner seyn, *leiblich*,
(naturalis)

(naturalis) und in Rücksicht auf einen Erzeuger *ehelich*. Der Gegensatz von *naturalis*, ist die Annahme an Kindesstatt, wovon im R. R. zwey Arten vorkommen, die *arrogatio* und *adoptio*. *Arrogatio* ist wenn ich jemand, der vorher nicht in väterlicher Gewalt gestanden; z. B. ein Waisenkind zu meinem Kinde annehme — *adoptio* ist nur der Uebergang aus der väterlichen Gewalt des einen, in die eines andern; diese ist *perfecta*, wenn sie von einem Ascendenten, *imperfecta*, wenn sie von einem dritten geschehen ist. Beyde sind nur wirksam in der geraden Linie und heut zu Tage nur als ein successorischer Vertrag anzusehen.

Was das *ehelich* betrifft, so gilt dies immer nur in so fern, als von einer Mannsperson als Erzeuger die Rede ist (*pater est quem nuptiae demonstrant*). In Ansehung der Mutter ist durchaus kein Unterschied zwischen einer ehelichen und unehelichen Geburt, sie ist schon physisch durch die Geburt gewifs.

§. 3.

Die Intestat-Erbfolge ist subsidiarisch, und tritt nur dann ein, wenn entweder gar kein, oder kein gültiges, oder gültig bleibendes Testament vorhanden ist. Die Blutsfreunde gehen in der Regel, den aus andern Gründen succedierenden vor. Collidieren Blutsfreunde, so schließt die vorhergehende Classe jedesmal die nachfolgende aus. Personen die in derselben Classe stehen, schließen sich um der Art der Verwandtschaft willen nicht aus, sondern

succedieren gemeinschaftlich, wenn sie nicht durch einen in der Mitte stehenden oder durch einen nähern Verwandten ausgeschlossen werden. Fällt der, welcher einen andern in derselben Classe ausschließt, nach der Delation der Erbschaft weg, so kann der Ausgeschlossene, so fern in Rücksicht seiner keine Transmission eintritt, nicht an die Stelle des Wegfallenden einrücken, wenn neben demselben noch andere Erben vorhanden sind, vielmehr fällt die offenwerdende Portion durch das Anwachsungsrecht (*jus adcrescendi*) an diese Miterben, pro rata ihrer Erbportion. 1) Sind aber keine solche da, so geht der ausgeschlossene Entferntere den Personen der folgenden Classe vor.

- 1) Dieses *jus adcrescendi* ist zugleich mit einer Nothwendigkeit verbunden; der Testierer kann es hier nicht verbieten, wohl aber bey Vermächtnissen. Auch hängt es nicht von den Miterben ab, ob sie die vacant gewordene Portion annehmen wollen oder nicht, sie müssen entweder diesen Theil annehmen, oder auf die ganze Erbschaft (und zwar ehe sie ihren Theil angetreten haben) Verzicht thun. Nur bey Erben aus einem militairischen Testament, wenn man den Willen des Testierers, daß es Statt haben solle nicht beweisen kann, und 2) bey der restitutio in integrum eines Minderjährigen gegen die Antretung der Erbschaft, fällt dasselbe weg.

§. 4.

Die Vertheilung der Erbschaft geschieht entweder nach Köpfen (*in capita*) wenn so viele Theile (*portiones*

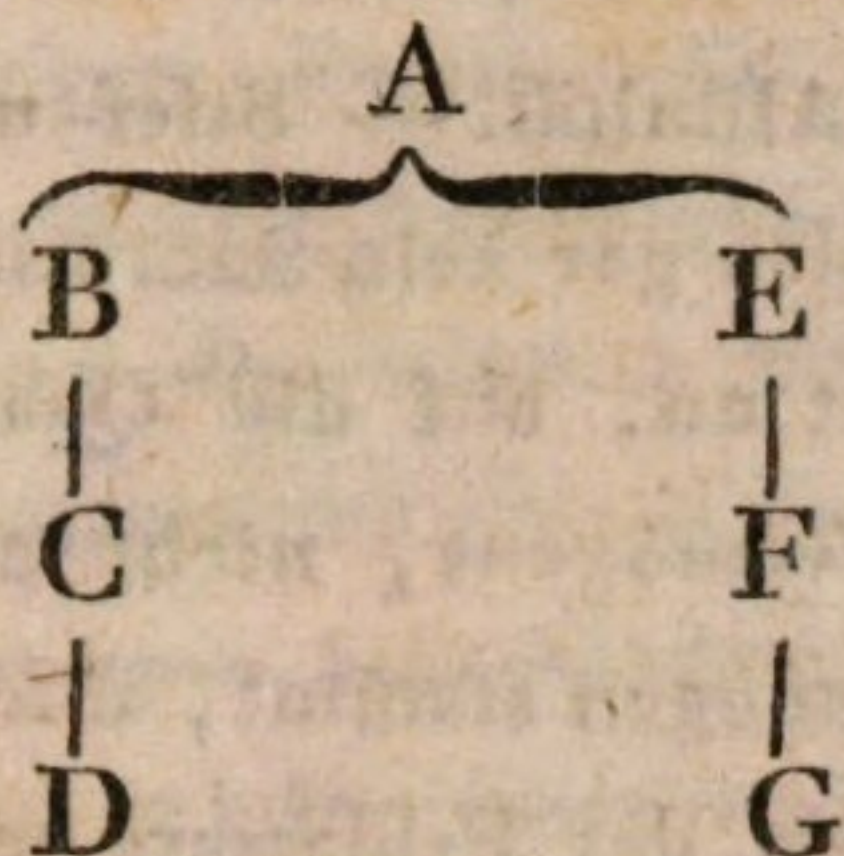
viriles) gemacht werden, als Personen da sind, wo denn nach Umständen der Kopftheil auch ein Ganzes betragen kann, oder nach *Linien* bey Verwandten in aufsteigender Linie, wenn das Vermögen, ohne Rücksicht auf die Zahl der Ascendenten, denen, welche in verschiedenen Linien stehen, nach der Zahl der Linien so zugetheilt wird, als ob sie Eine Person wären: oder nach *Stämmen* (in stirpes) wenn den Descendenten einer Person, nur das, was diese würde erhalten haben, gegeben wird —

Eine Mehrheit durch ein gemeinschaftliches Haupt vereinigter Verwandten, wird ein *Stamm* (stirps) genannt; und das aus den Zeugungen oder Geburten unter ihnen entstandene Verhältniß, *Grad der Verwandtschaft*. Eine ununterbrochen auf einander folgende Reihe von Verwandten, heißt eine *Linie*, und diese ist denn, je nachdem von den Jüngern zu den Aeltern herauf, oder von diesen zu jenen herunter gezählt wird, die *Aufsteigende* oder *Absteigende*, so wie die Verwandten nach diesen Rücksichten *Ascendenten* oder *Descendenten* sind; vereinigen sich mehrere Linien in Einer Person, so nennt man die eine im Verhältniß zur andern, eine *Seitenlinie* (linea collateralis), und die Verwandten *Seitenverwandten*. Eine Linie an sich betrachtet, wird dann im Gegensatz davon durch den Ausdruck *gerade Linie* (linea recta) bezeichnet. Ist in Seitenlinien die Zahl der Personen dieselbe, so werden sie *gleiche* (linea aequalis), sonst *ungleiche* (linea inaequalis) genannt.

§. 5.

Die Blutsverwandten kommen nach ihrer *Nähe* zur Succession; diese Nähe bestimmt sich nun, nach der Zahl der Stufen oder Uebergängen herab und hinauf von und zu dem Erblasser; so viel Personen überhaupt, oder zwischen dem Erblasser und dem Erben sind, so viel sind der *Grade*. Diese zu bestimmen hat man eine zweyfache Zählungsart, die *Römische* und die *Canonische*. In der *geraden Linie* stimmen beyde Rechte mit einander überein; beyde haben die Regel: *So viel der Generationen sind, so viel sind der Grade*. In der *Seitenlinie* aber geht das *Canonische* Recht, von dem *Römischen* ab, dieses bleibt bey der aufgestellten Regel. Das Canonische Recht stellt die Regel auf: *In eben dem Grade, in welchem die Person der einen Linie, und zwar bey ungleichen Linien, die entferntere Person, dem gemeinschaftlichen Stammvater verwandt ist, in eben dem Grade ist sie der Person der andern Linie verwandt*. Diese Zählungsart hat man zwar in protestantischen Kirchenordnungen bey den *Eheverbotten* beybehalten. In der Lehre von der Erbfolge, wo es auf eine genauere Bestimmung der Verwandtschaftsgrade ankommt, würde sie durchaus untauglich seyn, daher man dort blos der *Römischen* folgt. Was die Zählungsart der Grade nach den Zürch. Rechten betrifft, so stimmt dieselbe in der *geraden Linie* vollkommen mit der *Römischen* überein, in der *Seitenlinie* weicht sie in so fern ab, als die Regel festgesetzt ist: *So viel der Generationen sind, so viel sind der halben Grade*.

Aus folgendem Schema werden sich die Abweichungen dieser drey Zählungsarten von einander deutlicher ergeben.



C, ist mit seinem Oheim E. nach röm. Zählungsart im dritten, nach canonischer im zweyten, nach zürch. im ein und halben Grade verwandt.

D. mit seinem Großonkel E. nach röm. im vierten, nach canon. im dritten, nach zürch. im zweyten Grad.

C und F. Geschwister Kinder, nach röm. im vierten, nach canon. im zweyten, nach zürch. auch im zweyten Grad.

D und F. nach röm. im fünften, nach can. im dritten, nach zürch. im zwey und halben Grade.

D und G. nach röm. im sechsten, nach can. im dritten, nach zürch. im dritten Grade verwandt.

Eine vierte von diesen abweichende Zählungsart ist die, daß man in Fällen der ungleichen Seitenlinie beyde Seiten zählt, und so ausdrückt.

D und E. sind im dritten und ersten Grade ungleicher Linie verwandt.

In Rücksicht des Gegenstandes kommt es bey der Succession der Blutsverwandten nicht an, weder auf

die Person die erbt, oder erbläst, oder wodurch Erbe und Erblasser zusammenhängen, folglich auch nicht auf die väterliche Gewalt, noch auf das Alter, Vermögens-Umstände, Affinität. — Stief- und Schwiegerverwandtschaft begründen gar kein Successions-Recht. — Es kommt ferner nicht an, auf die Quantität, noch auf die Qualität des Vermögens, nicht auf die Relation, d. h. woher das Vermögen stammt, nur muß es eigenes und freyes Vermögen des Erblassers seyn.

§. 6.

Allgemeine Grundsätze der zürch. Intest. Erbfolge.

Die Lehre von den Verlassenschaften überhaupt ist zwar ohne alle systematische Ordnung, auch nicht mit der Vollständigkeit und Genauigkeit, wodurch der Gegenstand erschöpft wäre, doch — in Vergleichung mit andern Rechtsmaterien, in unsern Rechten, vollständiger bearbeitet, als die meisten übrigen. Die gesetzlichen Bestimmungen darüber finden sich unter dem Titel Erbrecht von Anno 1716. samt Erläuterungen — worin die Intestat-Erbfolge im zweyten Theil abgehandelt ist, — als Anhang dem ersten Band der Sammlung der bürgerlichen und Polizeygesetze und Ordnungen Lobl. Stadt und Landschaft Zürich 1756. 6 Bde. 8. — beygefügt.

In Ansehung der bisher aufgestellten allgemeinen Grundsätze der röm. Intest. Erbfolge, fehlen darüber in unserer Intest. Erbrechts-Lehre theils die gesetz-

lichen Bestimmungen gänzlich, theils weicht diese in mehreren Rücksichten von der röm. ab, theils endlich beruhen manche Bestimmungen unserer Intest. Erbfolge auf ganz particulaiem Recht. So erwähnen unsere Gesetze, der mehrfachen Verwandtschaft, und deren Wirkungen, ferner der adoptio und arrogatio §. 2. auch des Anwachsungsrechts (jus adcrescendi) gar nicht.

Zu den Abweichungen unserer von der röm. Intest. Erbfolge gehört — 1) In Ansehung der unehlichen Descendenz ist der Unterschied zwischen einer ehlichen und einer unehlichen Geburt, und dessen rechtliche Folgen in Rücksicht auf die Intest. Erbfolge, welche das R. R. nur in Rücksicht auf den Erzeuger kennt, nach zürch. Rechten, auch auf die Mutter ausgedehnt §. 10. 11. 2) Was die Vertheilungsart der Erbschaft unter die Intest. Erben betrifft, so geschieht sie nach R. R. bey Descendenten des ersten Grades nach Köpfen, bey entferntern Descendenten nach Stämmen, bey entferntern Ascendenten nach *Linien*. Die Succession nach Linien ist vorhanden, wenn die Erbschaft unter Ascendenten so vertheilt wird, daß die eine Hälfte auf die väterliche, die andere Hälfte auf die mütterliche Linie fällt. Diese Successionsart fällt nach unsern Rechten ganz weg, da die mütterliche Ascendenz von der Intestat-Erbfolge gesetzlich ausgeschlossen — die Mutter nur auf eine gesetzlich bestimmte Portion (statutarische Portion) angewiesen ist. 1) 3) Die Verschiedenheit der Zählungsart der Grade der Verwandtschaft zwischen unserm und dem röm.

Recht haben wir im vorhergehenden §. gesehen. In Rücksicht des Gegenstandes gründet sich die Eintheilung des Vermögens in *ererbtes* und *errungen* und *gewonnen* Gut ganz auf zürch. Particularrecht. *Erbgut* ist, was von väterlicher oder mütterlicher Ascendenz herrührt. *Errungen Gut* heisst: was durch Heyrath, Schenkungen, Vermächtnisse von einem Fremden, den man ab intestato nicht beerbt haben würde, und alles, was auf eine beschwerliche und mit Gewinn begleitete Weise (*ex causa onerosa et lucrativa*) erworben ist. (Z. E. R. III. 5.) Diese Eintheilung ist in der Lehre von Verlassenschaften besonders wichtig, bey dem Erbrecht unter Ehegatten (Eherecht), und bey Testamenten, indem man unter gewissen Beschränkungen, nur über das errungene Gut frey zu testieren befugt ist, es seye denn, daß der Testator keine Erben bis in den dritten Grad hat, in welchem Fall er über sein Erb- und errungen Gut frey disponieren darf (I. 10).

Ferner begünstigt das zürch. Int. Erbrecht bey der Vertheilung der Erbschaft die Söhne in Ansehung der väterlichen Verlassenschaft vor den Töchtern, welche Begünstigung der *Sohnsvorthail* heisst, §. 11. so auch die Brüder vor den Schwestern §. 15. Auch legt dasselbe den Erben derjenigen Classe, welcher auf die Verlassenschaft eines Blutsverwandten das nächste Recht zusteht, die Pflicht der Unterstützung dieser Person auf, falls sie in Dürftigkeit und Mangel gerathen würde. So wie überhaupt diese Pflicht jeder Classe in Ansehung

der durch sie ausgeschlossenen Erben der nächstfolgenden Classe, falls diese in solchen Zustand kommen würden, aufgelegt ist. Kinder können zum Unterhalt nothdürftiger Eltern vom Richter angehalten werden. (II. 15. und Erläut. §. 1. u. §. 5.)

1) Ehegatten haben nach gemeinen deutschen Rechten eben so wenig als nach römischen, ein der Regel nach eintretendes gesetzliches Erbrecht, an ihrem gegenseitigen Nachlasse. Indessen giebt es doch sehr viele besondere Stadt- und Landrechte, welche dem überlebenden Ehegatten dergleichen einräumen. Weil hierin alles auf besondere Statute und Gesetze ankommt, so wird das daraus entstehende Erbrecht auch mit dem allgemeinen Namen der statutarischen Portion belegt. Da der überlebende Ehegatte dasjenige, was ihm unter diesem Namen aus dem Vermögen des Verstorbenen gebührt, allein den Gesetzen verdankt, so hat solches auch die wahre Natur eines Pflichttheils.

§. 7.

Röm. Success. Ordnung d. Blutsfreunde.	Die Blutsverwandten kommen nach der Nähe zur Succession, entweder der Nähe nach der Art der Verwandtschaft überhaupt, oder nach der Nähe des Grades. Die gewöhnliche Eintheilung der 118 Nov. in Descendenten, Ascendenten, vollbürtige und halbbürtige Collateralen ist aber unmethodisch. Man hat daher die röm. Int. Erbfolge in folgendes System gebracht, nach welchem alle successionsfähige Verwandte in vier Classen getheilt sind, welche, zwar nicht den Worten, aber der Sache nach im neusten R. R. enthalten sind, und
--	---

wovon immer die bessere Classe, selbst der einzelne der bessern, der folgenden schlechtern ohne weiters vorgeht.

In der *ersten Classe* succedieren

die erbfähigen Descendenten, mit Ausschluss aller andern Personen, bis ins Unendliche, so fern zwischen ihnen und dem Verstorbenen kein Näherer in der Mitte steht. Auch nachgeborne Kinder gehören dahin, nur müssen sie nicht nach dem Tode des Erblassers concipiert gewesen seyn.

In der *zweyten Classe* erben *vereint*

- 1) Die nächsten Ascendenten zur Zeit des Anfalls der Erbschaft.
- 2) Vollbürtige Geschwister, d. h. die, welche mit dem verstorbenen Vater und Mutter gemein haben und beyden vollkommen succedieren.
- 3) Vollbürtiger Geschwister Kinder des ersten Grades (Neffen, neveux, ex fratre oder ex sorore nepotes).

In der *dritten Classe* erben gemeinschaftlich

- 1) Halbbürtige Geschwister, d. h. die, welche nur einen gemeinschaftlichen Ascendenten haben, dem und dessen Ascendenten sie in der ersten Classe vollkommen würden succediert seyn.
- 2) Verstorbnr Halbgeschwister Kinder, des ersten Grades.

In der *vierten Classe* machen die übrigen Seitenverwandten bis ins Unendliche den Beschluss.

Von dieser Rangordnung der röm. Int. Erben ist die

unsers zürch. Erbrechts äusserst verschieden. Dieses setzt fünf Classen fest. In der *ersten* succedieren

- 1) Descendenten, mit Einschluss legitimierter und nachgeborener Kinder.
- 2) Halbgeschwister in Rücksicht auf die Verlassenschaft des gemeinsamen Vaters, oder der gemeinsamen Mutter.

In der *zweyten* Classe kommt des Erblassers Vater mit Ausschluss aller andern Descendenten zur Succession.

In der *dritten* Classe, Geschwister auch Halbgeschwister von väterlicher Seite, und derselben Nachkommen.

In der *vierten*, Großvater oder Urgroßvater; ist jedoch des Erblassers Mutter noch am Leben so tritt sie für eine bestimmte Portion ein.

In der *fünften* Classe endlich, des Erblassers Blutsfreunde in aufsteigender Seitenlinie, Oheime, Tanten u. s. w. und ihre Descendenz.

§. 8.

Success. Art der Blutsfreunde nach R. R.
Erste Classe.

In der ersten Classe succedieren nach R. R. alle erbfähigen Descendenten, mit Ausschluss aller andern Personen. Dieser Satz, dass der Descendent alle andern ausschließt, leidet jedoch die beyden Ausnahmen, dass der Vater, den, ihm an dem Vermögen des Verstorbenen, zugestandenen Niesbrauch, lebenslänglich behält; und den Niesbrauch einer Virilportion erhält, wenn seine

emancipierten Kinder ihre Mutter beerben. Nicht alle Descendenten aber sind erbfähig — Ehelich geborne Descendenten haben ein unstreitiges Erbrecht, ohne Unterschied des Geschlechts, Familienstandes, des Alters, der Geburt. — Kinder, aus einer putativen Ehe sind den ehelichen gleich — nicht aber auch Brautkinder. — Durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder erben so gut, als legitim geborne, selbst auch in der Regel, die durch ein Rescript beym Leben ihres Vaters vollkommen legitimierten — doch darf durch sie den ehelichen Kindern ihr Pflichttheil nicht geschmälert werden. Von den angenommenen Kindern erben die von einer Frau oder von einem Mann minus plene adoptierten, nur der adoptierenden Frau, oder dem adoptierenden Mann, plene adoptierte und arrogierte Kinder hingegen dem Adoptivvater und seinen männlichen Ascendenten. So lange diese Adoptions-Verhältnisse dauern, succediert das Kind seiner natürlichen Mutter unbedingt, auch dem natürlichen Vater, wenn es minus plene, und von einer Frau adoptiert ist, welches jetzt auch in Ansehung des plene adoptatus, und des arrogierten Statt findet. Wird der Adoptierte emancipiert, d. h. aus der väterlichen Gewalt entlassen, so hören die ihm, als solchem zugestandnen Erbrechte auf, den einzigen Fall ausgenommen, da die quarta D. Pii gefordert werden kann. Ein Arrogator mußte nemlich, wenn er einen Unmündigen arrogierte, Caution stellen, daß, wenn er den Arrogierten ohne gerechte Ursache emancipieren würde, er nicht nur

dessen Vermögen herausgeben, sondern auch noch den vierten Theil seines eignen Vermögens abtreten wolle, dieser *vierte Theil* heisst, weil K. Antoninus Pius die Verordnung gegeben hat, *quarta Divi Pii*.

Von den unehelichen Kindern heerben 1) die aus einer wahren Blutschande erzeugten keinen der Eltern, und können nach der Strenge selbst die nothdürftigen Alimente nicht fordern. 2) Naturales, von einer Concubine geborne Kinder, erben den mütterlichen Ascendenten unbedingt, vom väterlichen Vermögen erhalten sie, wenn eine Ehefrau, oder eheliche Kinder da sind, nur die Alimente, sonst aber ausserdem ein mit ihrer Mutter zu theilendes Sechstheil. 3) Huren-Kinder (*vulgo quaesti*) und Jungfern-Kinder (*spurii*) erben den mütterlichen Ascendenten unbedingt, den väterlichen gar nicht. 4) Aus einem Ehebruch (*adulterini*) oder sonst verbotenen Verbindungen erzeugte Kinder sind den Jungfern-Kindern gleich zu setzen.

§. 9.

Fortsetzung. Kinder des ersten Grades erben in dieser Classe unbedingt. Entferntere nur dann, wann zur Zeit des Anfalls der Erbschaft kein Näherer in der Mitte stand. Stirbt also nach dem Anfall, der in der Mitte stehende, vor der Erwerbung, so kann der, vorhin durch ihn Ausgeschlossene, so fern noch andere nähere Descendenten da sind, nur durch das Transmissions-

Recht 1) an seine Stelle kommen; fällt dies weg, so adcresciert die Portion den andern Descendenten, und eben dies muß auch Statt finden, wenn der in der Mitte stehende, nach dem Anfall der Erbschaft die Antretung versäumt, oder seine Portion ausschlägt. Sollte jedoch in allen diesen Fällen kein Descendent da seyn, dem durch das Anwachsungs-Recht (jus adcrescendi) etwas zuwachsen kann, so kommt der bisher ausgeschlossene Entfernte an die Reihe. Die Theilung der Erbschaft geschieht in dieser Classe so — Kinder des ersten Grades erben *nach Köpfen*, entferntere Descendenten immer, und zwar ohne Rücksicht, ob blos entferntere, oder entferntere und nähere zusammen concurrieren, *nach Stämmen*, so, daß die Stammportion unter den Concurrenten jedes besondern Stammes, nach Köpfen vertheilt wird 2). Hier kann der Fall vorkommen, daß Personen, die mit dem Erblasser mehrfach verwandt sind, auch nach diesem mehrfachen Verhältniß zur Erbfolge gelangen, und darnach ihren Erbtheil bestimmen können. In Fällen, wo nur die Zahl der Personen die Erbtheile bestimmt, also nach Köpfen succediert wird, wird auf die mehrfache Verwandtschaft nicht gesehen. Sind Kinder aus verschiedenen Ehen vorhanden, so beerben sie ihren gemeinschaftlichen Ascendenten gemeinschaftlich, ihren Ausschließlichen ausschließlich, doch versteht sich dies schon von selbst, da keine Affinität gilt. Die Kinder erster Ehe erhalten denn zum Voraus 1) was ihr Vater oder Mutter von dem verstorbenen Ehe-

gatten geerbt, oder sonst titulo lucrativo erhalten hat.

2) Das väterliche oder mütterliche Vermögen, welches der zur zweyten Ehe schreitende Ehegatte von einem Kinde erster Ehe ab intestato geerbt hat. Die Kinder zweyter Ehe erhalten die Geschenke etc. welche ihr Vater oder Mutter vom zweyten Ehegatten erhalten hat, zum Voraus.

1) Entferntere Descendenten succedieren jure proprio s. transmissionis. Entferntere Seitenverwandte jure representationis. Dies tritt nur ein, wo auf die Nähe des Grades gesehen wird, und der Nähere den Entfernteren ausschließt, und nicht in der ersten Successions-Classe, wo auf die Nähe des Grades nichts ankömmt.

2) Doch ist dieses im C. J. gar nicht so ausgedrückt, denn daß Descendenten überhaupt in stirpes erben, drückt schon alles aus.

§. 10.

Intest. Erbfolge der
Blutsfreunde nach
zürch. Erbrecht,
Erste Classe.

Nach zürch. Erbrecht werden in der ersten Classe zur Succession gerufen: 1) alle erbfähigen Descendenten, mit Einschluss legitimerter und nachgeborener Kinder (posthumi). 2) Halbgeschwister in Rücksicht auf die Verlassenschaft des gemeinsamen Vaters, oder der gemeinsamen Mutter. Was die Descendenten betrifft, so müssen sie, um erbfähig zu seyn, ehelich geborne (naturales) seyn. Diesen sind gleich zu achten: 1) die a) durch nachfolgende Ehe (per subsequens matrimonium) b) durch oberkeitliche Verfügung (vom Ehegericht) legitimierten Kinder. 1)

2) Braut-Kinder, auch wenn die nachfolgende Verehelichung ihrer Eltern nicht möglich war. Zwar erwähnt das Erbrecht in Ansehung der Braut-Kinder, wie aller andern unehlichen Kindern, nur der Legitimation durch nachfolgende Ehe, wodurch sie die Successions-Rechte ehelicher Kinder erhalten (I. 13.) Allein der Gerichtsgebrauch gesteht diese Rechte eigentlichen Braut-Kindern, d. h. Kindern zwischen deren Eltern zur Zeit ihrer Erzeugung ein vom Richter gültig anerkanntes Eheversprechen Statt gefunden hat, unbedingt zu, die anderen unehelichen Kinder erhalten dieselben erst durch volle Legitimation. 3) Nachgeborne Kinder (posthumi) so fern sie zur Zeit des Todesfalls des Erblassers schon im Mutterleib empfangen gewesen (I. 11.) Mit diesen succedieren gemeinschaftlich Halbgeschwister des ersten Grades, in Rücksicht auf die Verlassenschaft des gemeinschaftlichen parentis, und in so fern sind sie in dieser Classe als vollbürtig anzusehen. Die, nach diesen Bestimmungen erbfähigen Descendenten succedieren in dieser Classe alle gemeinschaftlich, ohne Rücksicht auf die Nähe des Grades, mit Ausschluss aller andern Personen. Dieser Satz gilt jedoch nicht ganz unbedingt, sondern hat folgende Ausnahmen: 1) nimmt der überlebende Ehegatte, die ihm an dem Vermögen des Erblassers zustehende Legitima voraus hinweg. 2) Hat der überlebende Vater den Niesbrauch an dem ganzen Vermögen der verstorbenen Mutter, so lange bis die Kinder verheyrathet sind, oder das 25 Jahr erreicht haben. Tritt
einer

einer dieser Fälle schon bey dem Anfall der Erbschaft ein, so behält er lebenslänglich den Niesbrauch an dem dritten Theil der Verlassenschaft, und die Erbschaft fällt den Kindern sogleich zu, denjenigen von seinen Kindern die sich vor andern verheyrathen, oder das 25. Jahr erreicht haben, hat er den halben Theil des Mutterguts, und erst, wenn bey allen diese Fälle eintreten, das Ganze herauszugeben. Finden sich in der Erbschaft Sachen, welche man der Substanz unbeschadet gar nicht gebrauchen kann (*res fungibiles*), so werden sie dem Vater zu einem billigen Preis angeschlagen, den er nachher den Kindern ersetzen muß. Auch können die Obrigkeit oder der Kinder nächste Verwandte von ihm Caution verlangen. 3) Die überlebende Mutter hat hingegen nur den Niesbrauch an dem vierten Theil des Erblassers Vermögen lebenslänglich, und ist ihr zugleich die Verwaltung desselben übertragen, so treten in Ansehung der Herausgabe desselben an die Kinder die gleichen Bestimmungen, wie in Rücksicht des Vaters ein, nur hat bey der Mutter die Herausgabe auch dann statt, wenn sie wieder in eine zweyte Ehe tritt (II. 1).

- 1) Nach canonischem und heutigem gemeinen Recht können alle Arten von unehlichen Kindern legitimiert werden, dieß tritt auch bey uns ein, nur muß, wenn die Legitimation durch nachfolgende Ehe geschehen soll, die Ehe erfolgen können, welches in denjenigen Graden der Blutsverwandtschaft, wobey keine Dispensation statt hat, auch nach unsern Rechten, bey Ehebrechern nicht erlaubt ist.
- 2) Nach dem heutigen gemeinen Recht giebt es eine doppelte Legitimatio per rescriptum principis. 1) Eine legit.

plena, welche bey dem Vater die väterliche Gewalt, und bey den Kindern ein Erbrecht, und überhaupt die Familien-Rechte ehelicher Kinder wirkt. 2) Legit. minus plena: welche den Kindern nur bürgerliche Rechte verschafft, daß sie im Staate für legitim gelten. Man hat nemlich in Deutschland bey unehlichen Kindern von jeher eine von Würden und Aemtern Zünften und Gilden ausschließende Mackel zu finden gesucht. Diese wird durch die Legitimatio minus plena gehoben. Diese doppelte Legitimatio haben wir auch, wenn nicht den Worten, doch der Sache nach bey uns. Zwar sind unehliche Kinder bey uns nicht mehr von Zünften und Gilden ausgeschlossen. Aber um zu geistlichen und weltlichen Aemtern im Staate gelangen zu können, bedürfen sie der Legitimation durch eine oberkeitliche Verordnung, legit. minus plena. Auch haben unehliche Kinder bey uns keine Familien-Rechte, durch die Legitimatio plena können sie aber dieselben, gleich den ehelichen Kindern erhalten. Das neue Matrim. Gesetzbuch, wie wir im folgenden §. sehen werden, gestattet den unehlichen Kindern alle bürgerlichen Rechte, mit den schon angeführten Ausnahmen, und mit Ausnahme des *Erbrechts*. Hier ist der Unterschied zwischen *bürgerlichen* und *Familien-Rechten* ausser Acht gelassen, zu welchen *letztern* das *Erbrecht* unstreitig gehört, und von *denen* unehliche Kinder gar keine besitzen.

§. 11.

Fortsetzung. Von der Succession sind ausgeschlossen, alle unehlichen, nicht legitimierten Kinder. (§. 10.) Dahin gehören, *a*) Jungfernkinder (*spurii*), *b*) Hurenkinder (*vulgo quæsitii*) *c*) in Ehebruch (*adulterini*) und *d*) in einer blutschänderischen Ehe (*incestuosi*) erzeugten Kinder, und derselben hernach in ehelichem

Stand erzeugten Kinder. Das R. R. schließt einzig, die in einer Blutschande erzeugten Kinder von der Succession in das väterliche und mütterliche Vermögen aus (§. 8.) allen übrigen gesteht es unbedingtes Erbrecht der Mutter zu — da in Ansehung der Mutter durchaus kein Unterschied zwischen einer ehelichen und einer unehelichen Geburt statt findet (§. 2.). Unsere Gesetze weichen von diesem schon in dem Naturrechte gegründeten Satze ab, und schliessen alle unehelichen Kinder ohne Unterschied von der väterlichen *und* mütterlichen Succession aus. (I. 13.) Das neue Matrimonialgesetzbuch des Cantons Zürich, hebt dieses harte, dem mildern Zeitgeiste widerstrebende Gesetz nicht auf, dasselbe sagt ausdrücklich: „*Uneheliche Kinder sind von keinen bürgerlichen Rechten ausgeschlossen, ausgenommen das Erbrecht,*“ (§. 10. Not. 2.) 1) es bestimmt nur in wiefern die Eltern dieselben durch Legate betrachten dürfen. Insofern nemlich kein errungenes Vermögen vorhanden ist, worüber der Erblasser frey verfügen darf, so dürfen diese Legate zwey Drittheile von demjenigen nicht übersteigen, was in Absicht auf Kinder aus ungültigen Ehen bestimmt ist, diese erben, insofern sie mit Kindern aus rechtmässigen Ehen concurrieren, die Hälfte, sonst zwey Drittheile von der Erbschaftsportion rechtmässiger Kinder. (Matrim. Gesetzbuch Tit. 2. Abschn. IV. §. 186. 187.) Sind Kinder aus verschiedenen Ehen vorhanden, so gilt die Regel, daß dieselben ihrem gemeinschaftlichen Ascendenten gemeinschaftlich, ihrem besondern besonders suc-

cedieren, auch bey uns. Nur erhalten die Kinder erster Ehe vom Vater her zum Voraus 1) die *Morgengabe* (§. 21. Not. 1) nach der Bestimmung, *dass obgleich die Morgengabe der Frauen Eigenthum ist, dennoch diejenigen Kinder, so sie bey einem nachgehenden Ehemann bekommt, daran keine Anspruch haben mögen, sondern solche einzig und allein auf die Kinder und Kindeskinde fälle, welche sie bey demjenigen Mann, von dem die Morgengabe herrührt, hat (I. 5.).* 2) Alles was der Vater von seinen vorigen Weibern her leibdingsweise besessen, samt den noch von ihnen vorhandenen Schmuck und Kleidern, (I. 1) und so der Mutter Kinder, alles was dieselbe von ihren vorigen Ehemännern leibdingsweise besessen. Nach unsern Rechten erben ferner die Descendenten nicht alle zu gleichen Theilen in des Erblassers Vermögen, sondern es sind die Söhne vor den Töchtern gesetzlich begünstigt, welche Begünstigung in Ansehung der Söhne der *Sohnsvortheil* 2) heisst. Dem zufolge erben die Söhne zum voraus, alle *unbeweglichen Güter*, wozu gezählt werden, *Mannslehen, liegende Güter und Häuser, Gerichtsherrlichkeiten, Müllenen, Wirthschaften, Metzgbänke, Schmieden und andere dergleichen Ehehaften*, ferner *des Vaters Mobilien*, als *Uhren, Wehr und Waffen, Bibliotheken, Kleider etc.* Dem jüngsten Sohne soll des Vaters *Wohnhaus* und *dazu gehörige Kirchenörter* in einem leidentlichen Preis angeschlagen und zugetheilt werden, demjenigen Sohne, der des Vaters Namen trägt,

desselben *Petschaft* und *Siegel* überlassen werden, im Fall sie aber von kostbarem Werthe sind, muß er den übrigen Brüdern dafür billigen Ersatz thun. Den Töchtern hingegen gebührt zum voraus der Mutter *Goldschmuck*, *Kleider*, ferner der *Sparrhafen* (*bona paraphernalia receptitia* §. 21.) wann er den halben Theil der Sohns Vortheile nicht übersteigt. In das übrige Vermögen des Vaters theilen sich die Söhne und Töchter in dem Verhältnisse von *fünf* zu *vier* Neuntheilen, mit Vorbehalt jedoch des Vaters Legitima an dem Vermögen der verstorbenen Mutter (I. 12.). In Rücksicht auf die Folgereihe, wie nähere und entferntere Descendenten zur Succession kommen, über das Transmissions-Recht, und die Art der Vertheilung gelten in dieser Classe bey uns die §. 9. aufgestellten Grundsätze des röm. Rechts.

- 1) Doch enthält der gleiche §. noch folgende Exceptionen.”
Zum geistlichen Stand, und zu öffentlichen Stellen im Staate haben die unehlichen Kinder keinen Zutritt, können aber bey vorzüglichen Eigenschaften und Verdiensten durch einen Act der Regierung dazu fähig gemacht werden.”
 Matr. Gesetzb. Tit. 2. Abschn. 4. §. 187.
- 2) Auf der Landschaft verhält sich der Antheil eines Sohnes in Rücksicht auf die väterliche Verlassenschaft, zu demjenigen einer Tochter, an den meisten Orten wenigstens, wie zwey Drittheile zu einem; weil nicht nur dieser Masstab für die Theilung (nach vorgegangener Schätzung der Güter) angenommen ist, sondern weil auch die Schätzung selbst nothwendiger Weise sehr niedrig seyn muß, wenn die Söhne bey ihrem Gütergewerbe bestehen sollen.

§. 12.

Röm. Intest. Erbfolge. In der zweyten Classe ruft das
Zweyte Classe. R. R. gemeinschaftlich zur Erb-
 folge. 1) Die nächsten Ascendenten zur Zeit des An-
 falls der Erbschaft. Hier gilt der Grundsatz, *das Suc-
 cessions-Recht ist wechselseitig*; — dieß ist, insoweit
 diese Beziehung geht, ganz natürlich, nemlich als alle
 Blutsverwandtschaft wechselseitig ist; — also erben in
 der Regel nur die Ascendenten, welche, sie seyen an sich
 so entfernt, als sie wollen, von den Descendenten in
 der ersten Classe würden beerbt, und zwar so weit, als
 sie würden beerbt worden seyn. Ausgenommen sind
 a) die adoptierende Frau, und der minus plene adop-
 tierende Vater, welche beyde das Kind nicht beerben,
 dieses aber erbt den Vater. b) Der Ascendent, welcher
 bey einer nur von einer Seite putativen Ehe in bösem
 Glauben ist. c) Der arrogierende Vater eines verstor-
 benen Unmündigen. d) Endlich bey der vollen
 Adoption und Arrogation der adoptierende Vater zum
 Theil, denn dieser wird von der natürlichen Mutter
 ausgeschlossen, ist keine Mutter mehr da, so concur-
 riert er mit dem natürlichen Vater. 11) Vollbürtige
 Geschwister, dah. geh. welche mit dem Erblasser einer-
 ley Vater und Mutter haben, denen sie vollkommen
 succedieren. Können sie dieß nicht, so sind sie in
 der Successions-Lehre nicht als vollbürtig anzusehen.
 111) Söhne und Töchter der verstorbenen vollbürtigen Ge-
 schwister des ersten Grades, welche in der ersten Classe

die Seitenverwandten des verstorbenen Ascendenten, in dessen Stelle sie eintreten, würden beerbt haben. Kinder, welche in der ersten Classe nicht vollkommen erbfähig sind, erben in dieser gar nicht, auch tritt für die Geschwister-Kinder der weitem Grade hier kein Representations-Recht ein.

Die Successions-Ordnung in dieser Classe ist folgende: Unter Ascendenten schließt der Nähere den Entferntern aus, sie seyen von einer oder von verschiedener Familie; mehrere Ascendenten von gleichem Grade kommen gemeinschaftlich zur Succession. Verstorbener Geschwister Kinder des ersten Grades succedieren nach der richtigern Meynung, auch wenn sie mit Ascendenten allein concurriren; andere behaupten, daß vollbürtige Geschwister-Kinder nicht mit Ascendenten succedieren, wenn nicht vollbürtige Geschwister da wären, allein dies ist eine Abweichung von der Analogie der ganzen Erbfolge. Nach R. R. ist sehr zweifelhaft, ob Geschwister-Kinder, wenn sie allein sind, nach Stämmen, oder nach Köpfen erben, die Autorität spricht für das letztere. Concurriren Geschwister-Kinder mit Ascendenten oder mit Brüdern, so succedieren sie, — selbst wenn diese die Erbschaft ausgeschlagen, oder vor Antretung derselben gestorben sind — nach Stämmen, sind sie aber allein vorhanden, und zwar im Augenblick der Delation der Erbschaft — nach Köpfen, ohne Rücksicht ob Personen vorhanden sind, die in der dritten und vierten Classe erben, da diese ipso jure kein Erbrecht haben, so lange noch Neffen

und Nichten vollkürtiger Geschwister da sind — Was die Vertheilung der Erbschaft betrifft, so erhalten 1) Geschwister stets Personentheil (*portionem virilem*). 2) Ascendenten erben, wenn sie mit keinen Seitenverwandten ihrer Classe concurrieren, nach Linien, so daß, wenn in gleichem Grade väterliche und mütterliche Ascendenten da sind, die eine Hälfte auf jene, die andere Hälfte auf diese fällt, — hier kann also die mehrfache Verwandtschaft Wirkung haben; — hingegen, wenn sie mit Geschwistern des Erblassers, und deren Kinder concurrieren, erben sie nach Köpfen. Was vom Representations- und Adcrescenz-Recht in der ersten Classe gesagt ist, gilt auch hier aus gleichen Gründen in Rücksicht entfernter Ascendenten, und der Bruder-Kinder. Uebrigens hehält auch in dieser Classe der Ascendent, den ihm an den Adventitien des Erblassers zugestandenen Niesbrauch; — doch begründet die Adquisition der Erbschaftsportion der Mutter, für den Vater keinen neuen Niesbrauch daran.

§. 13.

Zürch. Int. Erbfolge.
Zweyte Classe.

Das zürch. Erbrecht ruft in der zweyten Classe den Vater allein, mit Ausschluss aller andern Seitenverwandten zur Succession 1). Nach dem vorigen § erben nach R. R. in dieser zweyten Classe, väterliche und mütterliche Ascendenten ohne Unterschied, und zu gleichen Theilen, gemeinschaftlich mit Geschwisterten

und deren Kindern ersten Grades. Auch kommt in denselben den Ascendenten das Representations-Recht zu statuten. Von diesen Grundsätzen weicht das zürch. Erbrecht völlig ab. Auf den Todesfall des Vaters geht sein Erbrecht nicht auf seine Ascendenten über, sondern diese kommen erst in der vierten Classe zur Succession, und werden von vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern von väterlicher Seite, und deren Nachkommen ausgeschlossen (I. 8.) Den mütterlichen Ascendenten steht gar kein Intestat-Successions-Recht zu; und endlich succediert der Vater ausschließlich selbst in dasjenige Vermögen des Erblassers, welches derselbe von seiner mütterlichen Ascendenz her ererbt hat. (I. 7.)

- 1) Dies hat einige Aehnlichkeit mit dem in einigen Landesordnungen und Stadtgesetzen Deutschlands vorkommenden sogenannten *Schofsfall*, welcher darin besteht, daß bey dem Nachlasse eines verstorbenen Kindes, dessen Geschwister nicht mit den Eltern erben, oder wenigstens den Niesbrauch davon den Eltern auf Lebenslang lassen müssen.

§. 14.

Röm. Int. Erbfolge. In dieser Classe kommen gemeinschaftlich zur Perception,
Dritte Classe.
 1) Halbgeschwister, d. h. die, welche nur einen gemeinschaftlichen Ascendenten haben, dem, und dessen Ascendenten sie vollkommen succedieren können; 2) verstorbnner Halbgeschwister Kinder, des ersten Grades, so fern sie ihre Eltern und deren Verwandten in der ersten Classe vollkommen würden beerbt

haben. Halbbürtiger Geschwister-Kinder werden durch die concurrierenden Onkel und Tanten nicht ausgeschlossen. Hier erben Halbgeschwister nach Köpfen, deren Kinder nach Stämmen, ist niemand als verstorbner Halbgeschwister Kinder vorhanden, so erben sie ebenfalls nach Köpfen. Nach den Gesetzen ist in dieser Classe auf den Ursprung des Vermögens nicht zu sehen. Indefs behaupten doch mehrere Dd. dafs — wenn verschiedene Arten der Halbgeschwister da sind, das von den Ascendenten ererbte Vermögen bey dem Blute bleibe, (paterna paternis, materna maternis). Bey halbbürtigen Geschwister-Kindern ist die mehrfache Verwandtschaft wirksam, wenn sie mit halbbürtigen Brüdern concurrieren.

Vollbürtige Geschwister heissen im Lat. germani; Halbgeschwister, welche einen gemeinschaftlichen Vater haben, consanguinei, (quia ex eodem sanguine procreati sunt); die die Mutter gemein haben uterini, (quia ex eodem utero venerunt); im Verhältnifs zu einander heissen sie compri-vigni. Dieser Unterschied ist nur in dieser Classe wichtig.

§. 15.

Zürch. Int. Erbfolge. *Dritte Classe.* Durch den Vater werden die Geschwister und derselben Kinder

von der Succession ausgeschlossen.

Diese kommen in dieser Classe zur Erbschaft, und zwar

1) vollbürtige Geschwister und deren Kinder. 2) Halbgeschwister von väterlicher Seite, mit Ausschluss entfernter Ascendenten, und auch den, in gleichem Grade, mit dem Erblasser verwandten Seitenverwandten. Der

Entferntere wird immer durch den Nähern ausgeschlossen; concurrieren Geschwister mit Geschwister-Kindern, so erben jene nach Köpfen, diese nach Stämmen; sind Geschwister-Kinder allein vorhanden, so erben sie indistincte nach Köpfen; eben so verhält es sich in weitem Graden. Halbbürtige Geschwister vom Vater her (consanguinei) erben mit den Mutter-Halbgeschwistern (uterini) in der Verlassenschaft zu gleichen Theilen, hingegen erben die Mutter-Halbgeschwister nicht mit den Vater-Halbgeschwistern in das Vermögen eines verstorbenen consanguinei, *weilen* — drückt sich das Erbrecht (I. 14.) aus, *in denen alten Erbrechten, die Erbschaften; dem Geschlecht oder Mannsstamm nachfallen, doch mit Vorbehalt eines billigen Pflichttheils (Seelgräths) welcher aber nicht den fünften Theil der Erbschafts-Portion eines vollbürtigen Bruders übersteigen darf.* Die Vertheilung der Erbschaft geschieht hier auf die nemliche Art, wie bey der Succession der Descendenten in das väterliche und mütterliche Vermögen. Brüder erhalten von einander zum Voraus, was die Söhne, in Rücksicht der liegenden Güter und Ehehaften, nur geschieht die Vertheilung der übrigen Verlassenschaft unter Söhnen und Töchtern zu gleichen Theilen. Eben so erben die Töchter von einander zum Voraus, den Schmuck, Kleider, Bücher und den Sparrhafen des Erblassers, mit Vorbehalt der, dem überlebenden Ehegatten an dem Vermögen des defuncti zustehenden Legitima (I. 14.). Eine hier noch anzuführende Abweichung des zürch.

Erbrechts von der röm. Int. Erbfolge ist die: das R. R. gestattet in der zweyten und dritten Classe nur vollbürtiger und halbbürtiger Geschwister-Kindern des ersten Grades ein Successions-Recht. Unsere Gesetze hingegen geben das Representations-Recht sowohl vollbürtiger als halbbürtiger Geschwister-Kindern von väterlicher Seite, bis in den dritten Grad inclusive (nach röm. Zahlungsart den sechsten Grad) der Blutsverwandtschaft. (Z. E. R. Erläut. §. 5. pag. 78.)

§. 16.

Zürch. Int. Erbfolge.
Vierte Classe.

Nun bleiben uns noch von den Personen, welche das röm. Recht in den hisher abgehandelten Classen zur Succession ruft, übrig, die entfernten Ascendenten. — Welchen Platz dieselben nach der röm. Int. Erbfolge Ordnung behaupten, haben wir im § 12. gesehen. Das zürch. Erbrecht weist den entfernten väterlichen Ascendenten ihren Platz in der vierten Classe an, mit Ausschuß der Oheime und Tanten. Sie succedieren in das Vermögen des Erblassers, ohne Rücksicht, ob dasselbe von seiner mütterlichen Ascendenz oder anderswo herrühre. Concurriert mit entfernten Ascendenten 1) noch die Mutter, so erhält sie als Legitima die Hälfte der mobilien, nebst dem fünften Theil der übrigen Verlassenschaft des Erblassers (I. 7.) In den frühern Classen erhält sie gar nichts, ausgenommen den Pflichttheil, den

ihr das Eherecht an dem Vermögen des verstorbenen Ehegatten anweist, wovon im §. 19. gehandelt wird.

- 1) Dies gründet sich jedoch nur auf Uebung, denn dem wörtlichen Inhalt des Gesetzes zufolge, wird die Mutter durch Geschwister-Kinder von der Perception dieses Pflichttheils nicht verdrängt, sondern erhält denselben schon, wenn sie mit Geschwistern concurriert, indem das Gesetz (I. 7.) nur bestimmt, « *wenn ein Kind abstirbt und weder Vater noch Geschwisterte hinterläßt, so erbt die Mutter etc.* »

§. 17.

Röm. Int. Erbfolge. In der vierten Classe machen
Vierte Classe. alle übrigen successionsfähigen
 Verwandten den Beschluß, und
 es hört das Successions-Recht nicht mit dem zehnten Grade auf, wie dieses einige behaupten. Nur müssen sie nicht durch eine zwischen ihnen und dem Erblasser stehende, nicht erbfähige Person, unfähig gemacht seyn. Der Nähere dem Grade nach schließt den Entferntern aus, und mehrere von gleichem Grade erben nach Köpfen. Das Stellvertretungsrecht hat daher hier nicht statt, und eben so wenig hat der Abkömmling von einem vollbürtigen Bruder einen Vorzug vor dem eines Halbbruders, wiewohl mehrere Dd. das Gegentheil behaupten, allein das C. J. spricht gar nicht davon, und es bleibt bey der §. 1. in Ansehung der mehrfachen Verwandtschaft angeführten Regel.

§. 18.

Zürch. Int. Erbfolge.
Fünfte Classe.

In dieser Classe erben zuletzt des Erblassers Blutsfreunde von väterlichem Stamm, in aufsteigender Seitenlinie, und derselben Nachkommen bis in den vierten Grad (III. 8.) Ueber die Successions-Ordnung und die Art der Vertheilung der Erbschaft in dieser Classe enthält unser Erbrecht keine weiteren Bestimmungen.

Von der Intestat - Erbfolge aus besondern Gründen.

§. 19.

Röm. Int. Erbrecht
unter Ehegatten.

Ehegatten beerben sich nach ält. röm. Recht und zwar nach dem praetorischen Edict (ex edicto unde vir et uxor) nur in dem Fall, wenn gar keine successionsfähigen Verwandten des Erblassers vorhanden sind; nur muß die Ehe gesetzlich gewesen seyn, und bis zum Tode des Erblassers gedauert haben. Bloße Scheidung zu Tisch und Bett entzieht dem überlebenden Ehegatten die Succession nicht, denn eine solche Trennung hebt die Ehe selbst nicht auf. Nach dem neuern Justinianeischen Recht erben Ehegatten auch neben Verwandten des Verstorbenen, jedoch nur unter der Beschränkung, daß der Verstorbene *reich*, und der Ueberlebende *arm* seyn muß. Die Gesetze aber bestimmen nicht, in wie fern der Ehegatte als reich oder als arm anzusehen sey, daher sagt

man insgemein: Reich sey der Verstorbene, wenn seine Verlassenschaft zum Unterhalt des überlebenden Ehegatten und der übrigen Erben hinreiche: Arm sey der Ueberlebende, wenn sein Vermögen nicht so beschaffen sey, daß er seinem Stande gemäß davon leben könne. In diesem Fall erhält der überlebende Ehegatte ein gesetzliches Erbtheil (statutarische Portion §. 6. Not. 1.) welches, wenn er mit drey oder weniger Intestat-Erben concurrirt, ein *Viertel* der Erbschaft ausmacht; wenn er mit vier oder mehreren Erben concurrirt, so erhält er eine *Virilportion* (Kindstheil) d. h., die Erbschaft wird in so viel gleiche Theile getheilt, als Erben da sind, und von diesen erhält der Ehegatte einen. Hierbey kommen nun mehrere streitige Punkte vor, die das röm. Recht nicht entscheidet. Wenn der überlebende Ehegatte concurrirt mit Enkeln, so fragt sich, soll man da sehen, auf die Zahl der Kinder (stirpes) oder auf die Zahl der Enkel (capita). Dies entscheiden einige Dd. so — Bey Enkeln werde auf die Zahl der stirpes gesehen, wenn diese Enkel verschiedene Väter haben, sind die Enkel alle von einer Stirps, so erhalte der überlebende Ehegatte nur eine Virilportion. Concurrirt derselbe mit Ascendenten und Seitenverwandten so sagen einige, er erhalte immer eine Quartam, andere es komme auch hier auf die Zahl der Concurrenten an. Bey der Concurrenz mit eignen Kindern erhält der überlebende Ehegatte, an seiner Portion, so weit er denselben Abbruch thut, nur den Niesbrauch, nemlich, in

so fern, daß den Kindern die Proprietät zufällt, wenn er vor ihnen stirbt; concurrirt er aber mit andern, so erhält er sofort und auf immer das volle Eigenthum. Wie geht es, wenn der überlebende Ehegatte mit eignen und andern Kindern concurrirt? Hier sagt man, müsse es gehen pro rata, und im ersten Fall erhalte er die eine Hälfte der Quarta oder Virilportion, welche wenn er nicht miterbte, seinen leiblichen Kindern zufallen würde, zum Niesbrauch, in diesem die andere Hälfte zum Eigenthum. Wie würde es aber gehen, wenn die Zahl der Kinder ungleich wäre? Justinian hat darüber nichts gesagt, auch nicht, wie es zu halten ist, wenn keine Kinder da sind. In diesem Fall sehen einige auch da auf die Zahl der Erben, andere geben dann immer denselben Theil, wie wenn der Kinder wenige wären. Es fragt sich noch, ob dieß Successions-Recht der Ehegatten gegenseitig sey? dieß ist bestritten, Justinian hat es ursprünglich gegenseitig gemacht, nachher in Ansehung des Mannes aufgehoben, einige sagen ganz, andere richtiger, nur in dem Fall, wenn der Mann seine Frau ohne Ursache verstossen habe. Auch ob der überlebende Ehegatte das Anwachsungsrecht (*jus adcrescendi*) habe, ist streitig, einige nehmen unbedingt die Negative an, wenn er die volle Quartam erhält, erhält er nur eine Virilportion, so adcresciirt ihm so viel bis er die volle Quartam hat. In diese muß die Wittwe alles vom verstorbenen Mann erhaltene einrechnen, ausgenommen ihre Brautgabe, es kann ihr auch diese Portion, in Rücksicht

sicht deren sie wahre Erbin ist, nicht durch ein, alsdann insoweit ungültiges Testament des Mannes entzogen werden. Die Succession unter Ehegatten ist daher ohne Frage eine *successio universalis*, d. h. wodurch ein Inbegriff von Rechten und Verbindlichkeiten übertragen wird — andere machen den Unterschied, wenn der überlebende Ehegatte nur den Niesbrauch an seiner Portion erhalte, so *acquiriere* er dieselbe *titulo singulari*, d. h. wodurch nur ein Theil der Rechte und Verbindlichkeiten einer Person auf eine andere übergeht — sonst *titulo universali*, da er Erbe genannt, und *pro rata* seiner Erbportion Schulden zu bezahlen habe.

§. 20.

Fortsetzung.

Aus einem besondern Grunde erbt
 2) der Verpfleger eines Blödsinnigen, mit Ausschluss aller Testaments- und Intestat-Erben, sofern er sich des Blödsinnigen aus eignem Antrieb angenommen, ihn bis an seinen Tod ernährt hat, und die zu übernehmende Verpflegung desselben seinen Erben angezeigt, von ihnen aber nicht übernommen worden ist. Ausserdem haben
 3) manche Collegien und Corporationen das Vorrecht der Intestat-Erbfolge in den Nachlaß eines unbeerbt verstorbenen Mitglieds erhalten. Dahin gehören *a)* das Regiment, wenn ein Soldat — *b)* die Kirche, wenn ein Geistlicher unbeerbt stirbt. 4) Armenhäuser ihre unbeerbten Beneficiaten. 5) Accademien ihre Lehrer und sonstigen *accademischen* Bürger, welche keine Erben hin-

terlassen haben, und 6) tritt nach allen der Fiscus ein, doch ist von der *successione fisci* ausgenommen, was dem verstorbenen, nebst einem andern gemeinschaftlich vom Regenten geschenkt war, dieses soll der überlebende allein behalten, wenn er mit dem Defuncto in *Communio* geblieben ist — Man streitet, ob der Fiscus die Erbschaft *titulo singulari*, oder *universali* (als Erbe) erhalte, nach der richtigern Meinung ist es nur *successio singularis*, da er die Güter nur als herrenlose Sachen occupiert, und kein Gesetz sagt dafs er Erbe sey. Der Fiscus ist schuldig, so weit das Vermögen reicht, Schulden zu bezahlen, auch die Legate, die jeder Intestat-Erbe bezahlen muß, auch muß er von der Verlassenschaft binnen vier Jahren Besitz nehmen, sonst hat sie der Besitzer verjährt.

Successions-Recht aus besondern Gründen nach zürch. Erbrecht.

§. 21.

1) Intest. Erbrecht
unter Ehegatten (Ehe-
recht).

Auch nach unseren Rechten steht den Ehegatten ein gesetzliches Intestat-Erbrecht an ihrer gegenseitigen Verlassenschaft zu, welches auch bey der Concurrenz mit Blutsverwandten eintritt, ohne Rücksicht auf die Quantität des beyderseitigen Vermögens. Die Gröfse der Erbportion des überlebenden Ehegatten bestimmt das Gesetz, theils in Rück-

sicht auf Mann oder Frau, theils nach der Beschaffenheit und der Zahl der verschiedenen möglichen Concurrenten, gröfser oder geringer, so wie auch, ob der überlebende Ehegatte das Eigenthum, oder nur den Niesbrauch an seiner Erbportion erhalte; in gewissen Fällen erhält er das Eine und das Andere, wie wir gleich sehen werden. Hier ist besonders der Unterschied zwischen ererbtem, und errungen und gewonnen Gut (§. 7.) praktisch wichtig. Der überlebende Ehegatte ist schuldig pro rata seines Anthells die Legate und andere Vermächtnisse des Erblassers abzutragen, ob aber auch die Schulden, davon ist nichts in unserm Erbrecht gesagt: Das Erbrecht unter Ehegatten ist also eine successio singularis — sie tritt aber auch bey letzten Willen ein, allein der Testator ist seinem Ehegenossen nur die Hälfte der Erbschaftsportion, die dieser ab intestato geerbt haben würde, zu vermachen schuldig (I. 10.). Ob der überlebende Ehegatte das Anwachsungsrecht (jus adcrescendi) habe, darüber schweigen unsere Gesetze auch hier, doch ergiebt sich die Affirmative aus der Analogie des Eherechts von selbst. In unserm Erbrecht ist nun die Erbportion des überlebenden Ehegatten folgendermafsen festgesetzt. 1) Wenn keine Descendenten vorhanden sind, so erhält der Mann aus der Verlassenschaft seiner Frau, als Eigenthum, 1) alles von seiner Frauen Vermögen während des Ehestandes *vorgeschlagene Gut*. 2) Derselben Sparrhafen, (bona paraphernalia receptitia) darunter versteht man,

dasjenige, was sich die Frau an dem Vermögen, das sie ausser dem Brautschatz hat, zu eigener Disposition und Nutzniessung vorbehalten hat, wozu noch andere Ersparnisse derselben gezählt werden. 3) *Das Ehegeld* (Ehepfand) welches zum Beweis und Pfand des eingegangenen ehelichen Versprechens gegeben wird. Dieß besteht bey uns gewöhnlich in gegenseitiger Wechslung der Ringe, nach der alten Parömie:

Ist der Finger geringet,
So ist die Jungfer gedinget.

4) *Der Brautschmuck*, (sponsalitia largitas) welcher von dem Bräutigam der Braut gegeben wird. 5) *Das Gabgeld*, (xenialia et munera nuptialia) Hochzeitgeschenke, welche den neuen Eheleuten von ihren Eltern, Geschwistern, Verwandten und Freunden gleich nach der Hochzeit gemacht werden. 6) Der Frauen Bücher; Brautbett und Kasten (Schränk). Mit einigen Ausnahmen erbt der Mann das bisher angeführte auch in den folgenden Fällen. Was die Mobilien- und übrige Verlassenschaft betrifft, so erhält er den fünften Theil derselben. Der Antheil des Weibes an der Verlassenschaft des verstorbenen Mannes erstreckt sich ausser dem Ehegeld, dem Brautschmuck, dem Gabgeld, und desselben Bett und Kasten, noch auf die *Morgengabe*, eine donatio inter virum et uxorem, die sich aber nicht über 101. Dukaten belaufen darf. Kann die Frau gültig beweisen, wie viel ihr der Mann zur Morgengabe versprochen, so

kann sie den Betrag des Versprechens aus der Verlassenschaft voraus wegnehmen (II. 5.) 1). Ferner erhält sie nebst dem besten Stück von des Mannes Kleidern und Waffen, den fünften Theil der Mobilien, und eben so des vorgeschlagenen Guts eigenthümlich, ausserdem so lange sie Wittwe bleibt, die Nutzniessung des sechsten Theils der übrigen Verlassenschaft, wozu dasjenige was die Eltern aus derselben leibdingsweise besitzen, und auch die Heyrathsgüter gerechnet werden, oder das Eigenthum desselben, falls kein vorgeschlagenes Gut vorhanden ist. II) Concurriert der überlebende Ehegatte mit vollbürtigen Descendenten, so erhält der Mann den Niesbrauch des ganzen Vermögens so lange, bis die Kinder entweder verheyrathet sind, oder das 25 Jahr erreicht haben, von diesem Zeitpunkt an behält er denselben nur an dem dritten Theil des Sparrhafens, der Mobiliar- und übrigen Verlassenschaft lebenslänglich; die Frau, sie mag sich wieder verheyrathen oder nicht, die lebenslängliche Nutzniessung des vierten Theils der Verlassenschaft, mit Einschluss dessen, was sie bereits aus derselben erhalten hat. Wie es mit dem Vermögen des Verstorbenen in Ansehung der Kinder zu halten sey, haben wir im §. 10. gesehen. III) Bey der Concurrenz mit vollbürtigen und halbbürtigen Kindern erhält der überlebende Ehegatte das was er in dem vorigen Fall bekömmt, auch hier, nach Abzug dessen was die Kinder aus früheren Ehen nach dem §. 11. aus der Verlassenschaft zum voraus wegnehmen, und zu dem

noch einen Kindstheil (portio virilis) von dem Hausrath eigenthümlich. IV) Concurriert der Mann allein mit halbbürtigen Kindern Mutterhalb (uterini), so bekömmt er das Eigenthum an dem sechsten Theil der Verlassenschaft. Die Mutter in Concurrenz mit halbbürtigen Kindern Vaterhalb (consanguinei) erhält das Eigenthum an dem sechsten Theil des vorgeschlagenen Guts, und so lange sie nicht zu einer zweyten Ehe schreitet, den Niesbrauch des achten Theils des Erbguts ohne Hausrath, oder eigenthümlich, falls kein vorgeschlagen Gut vorhanden ist (II. 1.). Wenn ein Ehegatte Sonder siech wird, also dafs er unter ehrlichen Leuten nicht mehr zu dulden, (II. 2.) wird er als bürgerlich todt angesehen, und die Succession der Ehegatten tritt nach obigen Grundsätzen ein. Auch Verlobten, deren Eheversprechen richterlich für gültig anerkannt ist, bestimmt das Gesetz eine Legitima an dem eignen Vermögen des Verstorbenen, die den zehnten Theil desselben, nebst den erhaltenen Geschenken beträgt (II. 3.). Dieser dritte §. unsers Erbrechts enthält noch einen speciellen Fall, wo das Gesetz dem überlebenden Verlobten das Erbrecht wirklicher Ehegatten ertheilt. 2)

- 1) Bey den in Deutschland, besonders im Preussischen üblichen *Ehen zur linken Hand*, wird in den Ehepakten bedungen, dafs die Frau keinen Antheil an den Standesvorrechten des Manns haben, auch die von ihr in solcher Ehe gebornen Kinder nicht den Namen, Titel, Wappen ihres Vaters, auch nicht in das Vermögen desselben, gleich andern ehelich gebornen Kindern erben, sondern Mutter und Kinder mit dem Namen und Unterhalte zufrieden

seyn sollen, welche ihnen im Heyrathsvertrage angewiesen sind. Diese Versorgung bezeichnete man vor Alters mit dem allgemeinen Namen *Morgengabe*, wovon auch diese Ehen den Namen *morganatischer Ehen* erhalten haben. In der eigentlichen, im allgemeinen deutschen Rechte üblichen Bedeutung, wird unter der *Morgengabe* ein Geschenk verstanden, welches der neue Ehemann, den ersten Morgen nach der Hochzeitnacht seiner Frau macht, und wovon die ursprüngliche Absicht auf ein symbolisches Bekenntniß der unter ihnen wirklich angefangenen Ehe gerichtet ist. Leu Eydgen. Recht, Thl. 2. Tit. 12. p. 166. definiert sie so: „dermahlen aber eigentlich für das Geschenk und Gab geachtet wird, welche der Bräutigam des Morgens nach angetretenem Ehstand, und wenn er die erste Nacht ehelich beygelegen, der Braut zum Ersatz der verlornen Jungferschaft giebet.“ — Eine *donatio mortis causa* ist es nicht, denn eine solche wird erst mit dem Tod des Schenkers perfect, und fällt, im Fall der Beschenkte vor dem Schenker stirbt, keineswegs auf die Erben des Ersten. Unsere Gesetze bestimmen aber (II. 5.) *daßs im Fall eine Frau ohne Kinder zu hinterlassen, und nach ihr auch der Mann absterben, die Morgengabe wiederum zurück auf der Frauen Erben fallen solle, es wäre dann, daßs sie selbige ihrem Mann eigenthümlich vermacht hätte, welches sie zu thun befugt ist.* Wäre nun die Morgengabe eine *donatio mortis causa*, so dürfte sie darüber nicht testamentlich verfügen, da man nur über *eignes, freyes Vermögen* testieren kann.

- 2) Wenn gegen ein von dem Richter gültig anerkanntes Eheversprechen, der eine Theil sich ein Jahr und einen Tag nach der letzten Citation widerspännig erzeigt, und darüber abstirbt, so erbt der Unschuldige von demselben, nach dem Recht der Eheleute, die keine Kinder miteinander erzeugt, noch auch aus vorigen Ehen zusammengebracht haben, — stirbt aber der unschuldige Theil, so hat der überlebend Widerspännige keine Anspruch. (II. 3.)

§. 22.

Fortsetzung. Aus besondern Gründen erben nach unsern Rechten ferner: 2) *Spital-* und *Armenhäuser*, ihren Beneficiaten (Pfründer), und zwar mit Ausschluss seiner Erben, es wäre denn, daß er bey dem Eintritt in das Armen- oder Pfrundhaus mit Bewilligung desselben Curatoren und ihrer Genehmigung des Inhalts ein Testament gemacht hätte. 3) Der *Fiscus*, so fern der Verstorbene weder Ehegatten, noch Verwandte bis in den vierten Grad von väterlichem Stamm hinterläßt, doch hat er die Pflicht auf sich, alle auf die Erbschaft kommende Kosten und Schulden, wie auch die Vermächtnisse, so fern sie zwey Drittheile der ganzen Verlassenschaft nicht übersteigen, zu bezahlen. Sind die rechtmässigen Erben aus gesetzlich gültigen Gründen enterbt, und keine andere Verwandten bis in den vierten Grad von väterlichem Stamm eingesetzt — ferner hinterläßt eine unehelich geborne Person keine Leibeserben, so tritt auch in diesen Fällen der *Fiscus* ein. Jedoch setzt er sich in Besitz der Erbschaft erst binnen Jahr und Tag, wenn sich während diesem Termin keine Verwandten mit hinlänglichen Beweisen melden (II. 8.)

Von der Collation.

§. 23.

Collation nach röm.
Recht.

Die Collation beruht im R. R.
auf dem Grundsatz: Descendenten

die ihren Ascendenten mit andern Descendenten beerben wollen, müssen dasjenige, was sie bey den Lebzeiten des Ascendenten von ihm erhalten haben, als einen Theil der Erbschaft ansehen d. h. conferieren, um Gleichheit in der Vertheilung der Erbschaft zu erhalten, indem angenommen ward, daß der Vater keines seiner Kinder begünstigen wolle. Die Pflicht der Collation hat also nur unter Descendenten statt, jedoch nur unter denen, welche, auch wenn sie durch ein Testament zur Erbschaft gerufen sind, ohne ein solches, ab intestato geerbt haben würden. Nach der richtigern Meynung müssen Enkel, sowohl das was sie von ihrem Großvater selbst, als auch was ihr Vater von seinen Ascendenten erhalten hat, und was er selbst hätte conferieren müssen, wenn er geerbt hätte, zur Collation bringen. Daher muß denn auch der Enkel, als Erbe seines Großvaters, die, von demselben seiner verstorbenen Mutter gegebene, und nach dem Tode der Mutter durch statutarische Succession dem Ehemann zugefallene Brautgabe conferieren. Ob aber Enkel dasjenige conferieren müssen, was ihr Vater von seinen Ascendenten erhalten hat, auch wenn sie die väterliche Erbschaft ausgeschlagen haben, darüber ist großer Streit. Richtiger ist die verneinende Meynung da kein Gesetz ihnen in diesem Fall die Collation auflegt, und überhaupt kein rechtlicher Grund der Collations-Pflicht vorhanden ist, da sie das zu Conferierende nicht erhalten haben. Wird ein Descendent nicht Erbe, so ist er von der Collation frey, und eben so, wenn, und in so weit er

durch das Empfangene, im Augenblick des Todes des Erblassers ohne seine Schuld nicht mehr bereichert ist. Z. B. ein abgebranntes Haus wird nicht conferiert. Zu den zu conferierenden Sachen gehören vorzüglich 1) die Ausstattung (Dos). 2) Die Donatio propter nuptias — die Frau, welche dem Mann eine Dos zugebracht hat, kann verlangen, daß der Mann ihr eine jetzt sogenannte donatio propter nuptias einräume, zunächst zu dem Zweck, daß, wenn der Mann verarmt, sie und ihre Kinder sich davon ernähren können; diese muß conferirt werden. Heut zu Tage ist dies Institut ganz ausser Gebrauch gekommen, und an dessen Stelle *Leibding*, *Witthum*, auch die *Morgengabe* getreten. 3) Die subsidia paterna d. h. was Ascendenten ihren Descendenten zu ihrem Etablissement, Ankaufung einer Militairstelle etc. gegeben, überhaupt was diese zu einem bestimmten Zweck erhalten haben. Nicht conferiert werden 1) alle Sachen welche der Ascendent dem Descendenten in der ausdrücklich oder stillschweigend erklärten Absicht gab, um denselben zu begünstigen; z. B. eine zu keinem besondern Zweck bestimmte Schenkung unter Lebenden, ausgenommen, wenn er die Collation zur Bedingung macht, oder der Beschenkte mit Descendenten concurrirt, von denen zugleich andere Dinge conferiert werden. Doch ist dies controvers, einige sagen die simple Schenkung (donatio simplex) werde immer, andere, sie werde gar nicht conferiert. Keine von beyden Meynungen ist richtig, da die Gesetze selbst zwey Fälle

bestimmen, wo auch die simple Schenkung conferiert werden muß, allein in der Regel ist die verneinende Meinung anzunehmen. 3) Alimente und überhaupt alle Erziehungs-Kosten der Kinder, wozu auch die Studier-Kosten zu rechnen sind, und was der Descendent erhalten, um sich Bücher anzuschaffen. Da aber die Pflicht der Alimentation nur bis zum Augenblick des Todes des Erblassers geht, so sind die dem Kind gegebenen, zur Zeit des Todes des Erblassers noch vorhandenen Kleider, so auch wenn die Kosten des Studierens demselben ganz voraus bezahlt sind, und der Vater stirbt ehe der Sohn ausstudiert hat, so ist das, was bey dem Tode des Vaters noch da ist, oder noch da seyn sollte, zu conferieren. Ebenso fällt diese Befreyung von der Collation weg, wenn der Sohn, das zu seinen Studien bestimmte Geld auf andere Art durchbringt. 4) Remuneratorische mäßige Schenkungen, d. h. die zur Belohnung für geleistete Dienste gegeben werden. 5) Alle Schenkungen auf den Todesfall, der Ascendent darf aber durch eine ausdrückliche oder stillschweigende Erlassung der Collation den Pflichttheil anderer nicht schmählern. 6) Ferner alle zum peculio castrense — was der Sohn im Soldatenstand oder bey Gelegenheit desselben erworben hat — und zum peculio quasi castrense — was in öffentlichen, geistlichen oder weltlichen Aemtern erworben wird — gehörigen, vom Vater herrührenden, und keine unmäßige Schenkung enthaltenden Sachen. Ferner was der Vater zur Einlösung des gefangenen Sohnes gab;

und endlich nach der richtigern Meinung die Kosten des Hochzeitschmauses und anderer bey dieser Gelegenheit veranstalteten Festivitäten. Zwar ist darüber in keinem Gesetz etwas bestimmt, aber ihre Collation wäre um so unbilliger, da für die sich verheyathenden Kinder kein Gewinn daraus entsteht. Die hiebey noch sehr wichtige Frage, ob der Erblasser die durch die Gesetze der Collation nicht unterworfenen Sachen zu conferieren befehlen dürfe? kann man nach allgemeinen Grundsätzen nur dahin beantworten, *a)* wenn das Gegebne eine bloße Liberalität war, wie z. B. Alimente, welche das Kind von den Früchten seiner Sachen ziehen konnte, so ist es erlaubt, die Collation zu befehlen, nur muß dieß in dem Augenblick des Geschenks geschehen, war aber *b)* der Vater schuldig die Auslage zu machen, so kann er eben deswegen das Kind keinen Bedingungen unterwerfen. Die Art der Collation ist dreyfach. Sie geschieht *a)* durch Einlieferung der existierenden Sache, hat aber dieselbe durch Nachlässigkeit oder Schuld Schaden gelitten, so ist derselbe zu ersetzen. Diese Realcollation war nach ält. R. R. nothwendig. *b)* Durch Berechnung des Werths der Sache, im Augenblick der Collation, doch müssen in beyden Fällen auch die Verbesserungen der Sache abgerechnet werden. *c)* Durch Cautionsleistung, daß die Sache conferiert werden müsse, wenn der Erbe in dem Augenblick zur Collation nicht fähig ist. Von dem Augenblick der Verpflichtung zur Collation, d. h. vom Augenblick, da er

dazu aufgefordert ward, müssen auch die Früchte und Zinsen berechnet werden. Die sub *b*) angeführte Form der Collation ist heutzutage die am meisten gewöhnliche, wobey der Erbe soviel weniger aus der Erbschaft erhält, als er zu conferieren verpflichtet ist. Z. B. ein Sohn hätte zu einem Etablissement

erhalten fl. 2500.

die ganze Erbschaft, mit Einschluss der zu conferierenden Sachen würde betragen . 12000.

die unter 4 Kinder zu vertheilen wären, so würde dieser Sohn, dessen Erbschaftsportion 3000. fl. ausmacht, noch erhalten . 500.

Zu den schon angeführten Fällen, in denen die Pflicht zur Collation wegfällt, gehören noch folgende, 1) wenn derjenige, der etwas conferieren sollte, enterbt ist. 2) Wenn die Kinder der Erbschaft dessen, von dem sie die zu conferierenden Sachen erhalten haben, entsagen. In diesem Fall haben sie die Dos, und die donatio propter nuptias nicht zu conferieren, ist ihnen für das eine oder andere nur ein Gewisses versprochen, aber noch nicht herausgegeben, so steht den Kindern die Klage auf Erfüllung des Versprechens in soweit zu, als der Pflichttheil der übrigen Kinder nicht verkürzt wird. 3) Wenn Eltern die Collation in einem Testamente ausdrücklich nachlassen oder verbieten, und endlich 4) durch Vertrag der concurrierenden Erben unter sich, nach dem Tode des Erblassers. Bey seinen Lebzeiten sind solche Verträge ohne seine Einwilligung, und bey der er bis an seinen Tod verbleiben muß, ungültig.

Collation nach
zürch. Erbrecht.

In unsern Rechten finden sich über die Collation äusserst wenige Bestimmungen, zufolge der vorhandenen müssen conferiert werden, die Aussteuer, und was ein Kind sonst voraus empfangen hat. Ob sich dieses beschränke auf Schenkungen zu einem bestimmten Zweck, wie zu der Einrichtung des Haushalts, zu einem Etablissement etc. — oder auf alle und jede Schenkungen auszudehnen sey? darüber fehlen positive Bestimmungen. Unerzogene Kinder erhalten, wenn ihre Erbschaftsportion zu ihrer Erziehung nicht hinreichend wäre, mit Rücksicht auf ihr Alter, und die Grösse des Vermögens einen billigen Vorthail vor den bereits erzogenen Kindern. Erziehungs- und Studierkosten werden nicht conferiert, allein es können die Eltern die Collation derselben befehlen, (II. 11. 12.) doch wohl nur insofern, als diese Kosten das Maass der den Kindern von rechtswegen gebührenden bürgerlichen Alimente, — wohin ohne Frage die Erziehungs- und Studierkosten gerechnet werden müssen — übersteigen?

Keller, Siegmund F.

Vergleichung der Intesaterbfolge nach Zürcherischem Stadt-Erbrecht mit dem
Römischen Rechte

Zürich 1806

J.germ. 96 h

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551712-4